:antifaschistische nachrichten Nr. 23

g 3336 18.11.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Gespräche in Stuttgart

STUTTGART/WIEN. Bei einem Treffen führender Vertreter der sog. „Republikaner“ und der „Pro“-Bewegung ist Anfang November in Stuttgart über die weitere Zusammenarbeit gesprochen worden. In einer von „Pro NRW“-Chef Beisicht und dem „Republikaner“-Vorsitzenden Schlierer verabschiedeten „Stuttgarter Erklärung“ wurden „gemeinsame publizistische Projekte“ und zwei gemeinsame Großveranstaltungen in Stuttgart (März 2011) und Köln (7.5.2011) vereinbart. Als Ziel wird ein „gemeinsamer bundesweiter Wahlantritt in neuer Formation spätestens zur Europawahl 2014 ins Auge“ gefasst. Zur Teilnahme an dieser „Sammlungsbewegung der rechtsdemokratischen Kräfte“ seien alle „verfassungskonformen Gruppierungen“ eingeladen, heißt es in der Erklärung. Zu einem Vernetzungstreffen hatte Ende Oktober auch die FPÖ nach Wien eingeladen. Dort diskutierten Vertreter der „Dänischen Volkspartei“, der „Lega Nord“, der „Slowenischen Nationalpartei“, des „Vlaams Belang“ und der „Schwedendemokraten“ über die „Zukunft der EU“. Auch eine mögliche neue Kooperation der verschiedenen extrem rechten Parteien in Europa war Thema der Gespräche. *hma* ■

Pro Deutschland-Kundgebung angekündigt

BERLIN. Für Sonntag, den 28. November 2010, um 11 Uhr ruft ‚Bürgerbewegung pro Deutschland‘ zu einer Kundgebung vor dem Brandenburger Tor auf, um gegen die „Islamisierung Deutschlands“ zu demonstrieren. Im Aufruf der „pro“-ler heißt es, die Kundgebung solle „den Auftakt für den Vorwahlkampf 2011“ bilden, „der mit dem Einzug der Bürgerbewegung pro Deutschland ins Berliner Abgeordnetenhaus das deutsche Parteiengefüge verändern wird.“ – Was noch keineswegs sicher ist nach der bisherigen Resonanz der Pro-Auftritte in Berlin...

Als Redner sind neben Manfred Rouhs Karl Ernst Horbol, Henry Nitzsche, Lars Seidensticker und Reinhard Haese angekündigt. *u.b.* ■

Aus dem Inhalt:

AKuBIZ Pirna lehnt Sächsischen Demokratiepreis ab 5
Internat. Konferenz in Petersburg . 7

Bundesparteitag der NPD

‚Freundliche Übernahme‘ wurde auf den Weg gebracht

Mit 194 Stimmen von 207 Delegierten machte der Parteitag der NPD am 6. November 2010 in Hohenmölsen den Weg für die weitere Einverleibung der DVU frei.

Gegen die Proteste von Verwaltung und Bürgern der Kleinstadt konnte die NPD nach einer Entscheidung des OVG Magdeburg dort das Bürgerhaus nutzen und so gleichzeitig das Geschehen als Auftakt für ihren Wahlkampf für die Landtagswahl Sachsen-Anhalt im März 2011 deklarieren.

Foto: K. Richert

Deutlich wurde wiederum, dass es weniger um eine Fusion gleicher Partner als vielmehr um die „freundliche Übernahme“ der maroden DVU zu den Bedingungen der NPD geht. Dazu gehört die Klarstellung. dass es außer dem im Juni beschlossenen neuen Parteiprogramm der NPD keinerlei Programm-Debatte geben wird.

Bereits im Vorfeld wurde ein Datensatz mit den Adressen von 4000 DVU-Anhängern an die Parteizeitung der NPD „Deutsche Stimme“ ausgeliefert, die sich jetzt drei Monate lang an diese Publikation kostenlos gewöhnen können.

Die Besorgnisse vieler NPD-Mitglieder über die geplante Fusion wegen der hohen Schulden der DVU wurden noch rechtzeitig ausgeräumt, nachdem der frühere DVU-Vorsitzende Frey auf die Rückzahlung seiner fast eine Million Euro betragenden Kredite verzichtete und die DVU praktisch schuldenfrei stellte. Diese bringt zudem jetzt noch eine Erbschaft aus Privathand in Höhe von fast einer halben Million Euro ein.

Auch die Klagen gegen den DVU-Vorsitzenden Matthias Faust hinsichtlich seiner Mitgliedschaft und Handlungsfähigkeit für die DVU wurden aus der Welt geräumt. Rechtzeitig fällte das Landgericht München I am 27.10.2010 im Verfahren von Faust gegen die DVU das abschließende Urteil, der Beschluss des Bundesschiedsgerichts der DVU über den Parteiausschluss von Faust vom 8.6.2010 sei rechtswidrig. Faust sei weiter Mitglied und auch Vorsitzender.

So konnte dieser sich stolz auf dem NPD-Parteitag präsentieren, den „Putschisten“ in der DVU (vor allem in den Landesverbänden Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, die seinen Ausschluss betrieben hatten) mit Schiedsgerichtsverfahren drohen. Unmittelbar vor dem NPD-Parteitag wurde er als Stellvertreter von Udo Voigt in den NPD-Parteivorstand aufgenommen, seine wichtigsten Unterstützer aus der DVU-Führung, Hilmar Knop und Heiner Höving, erhielten Posten als Beisitzer im NPD-Vorstand.

Einen Kompromiss scheint es in der Frage des Namens gegeben zu haben. Bei der Mitgliederbefragung im Juli hatten die NPD-Mitglieder deutlich für die Beibehaltung ihres Parteinamens votiert, die DVU-Mitglieder dagegen ebenfalls mit deutlicher Mehrheit wollten einen ganz neuen Namen. Nach dem Kompromiss soll auch im neuen Logo die Dominanz der NPD durchscheinen. Die NPD behält ihren Namen, die bisherige Bezeichnung „Die Nationalen“ wird aber durch „Die Volksunion“ ersetzt.

Ein DVU-Parteitag zum formellen Fusionsbeschluss wird für Ende November erwartet. Danach schließt sich in beiden Parteien eine Urabstimmung an, wonach bis Ende Dezember NPD-Chef Voigt sein mit großen nationalistischen Phrasen verkündetes historisches Ziel erreichen will.

Da es eine pauschale Übernahme der DVU-Mitglieder nicht geben soll, sondern alle ihre Beitrittserklärung individuell unterschreiben sollen, ist letztendlich offen, wie viele diesen Schritt gehen werden. *aus Newsletter DIE LINKE - BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus Antifa aktuell 11/2010*
ag.rex@die-linke.de ■

Razzia gegen „Widerstand-Radio“

Etwa 270 Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Polizei haben Anfang November in zehn Bundesländern 22 Wohnungen bzw. Häuser durchsucht. Beschlagnahmt wurden Computer, Festplatten, Handys und Gegenstände, „die nach vorläufiger Bewertung dem Waffengesetz unterliegen“, meldete das BKA. Der Schlag richtete sich gegen das von Neonazis betriebene Internet-Radio „Widerstand-Radio“. Den 23 Beschuldigten, 17 Männer und 6 Frauen im Alter von 20 bis 37 Jahren, wird vorgeworfen, sich „als Administratoren und Moderatoren sowohl durch Kommentare als auch durch das Abspielen von Musiktiteln deutscher und internationaler Skinhead-Bands mit menschenverachtenden, rassistischen und zum Teil nationalsozialistischen Inhalten strafbar gemacht zu haben.“ *hma* ■

„Die Freiheit“ offiziell gegründet

Berlin. Rund 50 Gründungsmitglieder haben Ende Oktober in einer konstituierenden Versammlung in Berlin-Tiergarten die „Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie“, kurz „Die Freiheit“, gegründet. Die neue Partei, die sich an der PVV des niederländischen Rechtsauslegers Geert Wilders orientiert, strebt u.a. eine direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild an und will „die Ideologie des politischen Islam massiv bekämpfen“, so der frisch gewählte Bundesvorsitzende Rene Stadtkewitz. Im Programm von „Die Freiheit“ finden sich Forderungen nach einem „sofortigen Zuwanderungsstopp mindestens bis zur Lösung der Integrationsprobleme“, nach „konsequenter Beteiligung der Bürger bei Moscheenbauvorhaben“ und nach der „Einführung und Umsetzung des „Workfare-Konzepts“, nach dem „gemeinnützige Arbeiten“ künftig „Transfergelder ohne Gegenleistung“ ersetzen sollen. Zudem lehnt man einen „personellen Abbau bei der Polizei“ ebenso ab wie „eine EU-Diktatur aus Brüssel“ und tritt „für den Schutz des ungeborenen Lebens“ ein. Die neue Partei will zunächst bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Herbst 2011 und später bundesweit antreten. Auf den Internetseiten der rassistischen „PI-News“ wird das Programm von „Die Freiheit“ heftig diskutiert. Vor allem die starke Hervorhebung des Christentums wird kritisiert. Aaron Koenig, der von der „Piratenpartei“ zu „Die Freiheit“ wechselte und deren Vorstand nicht angehört, hält das Programm teilweise sogar für zu „links“. Auf den Internetseiten der rechtsliberalen Zeitschrift „eigentümlich frei“ wird die neue Formation schon als „Rohrkrepierer-Partei“ bezeichnet. Ausgestiegen aus dem neuen Parteiprojekt ist auch gleich wieder die Berliner Rap-Musikerin „Dee Ex“. Die zu Beginn des Jahres von der „Jungen Freiheit“ interviewte Musikerin sollte eigentlich den Jugendverband von „Die Freiheit“ mit aufbauen. Nach einem „klärenden Gespräch“ stellte sich jedoch heraus, dass man in Bezug auf Israel unterschiedliche Positionen vertritt. *hma* ■

150 Neonazis bei Rieger-Gedenkmarsch

Wunsiedel, 30.10.2010. Etwa 850 im vergangenen Jahr, rund 350 wurden aktuell erwartet, letztendlich haben aber nur etwa 150 Neonazis am Rieger-„Gedenkmarsch“ in Wunsiedel teilgenommen. Nach Polizeiangaben demonstrierten etwa 500 Menschen gegen den braunen Aufmarsch. Die oberfränkische Polizei zeigte sich mit dem Gesamtverlauf des Veranstaltungsgeschehens zufrieden. „Unser polizeiliches Konzept des lageangepassten Einsatzes von Kräften hat sich bewährt“, so Polizeivizepräsident Wolfgang Sommer. Die Polizei dankte den Bürgern von Wunsiedel für das den eingesetzten Beamten entgegengebrachte Verständnis. Für ihr „Gedenken“ unter dem Motto „Für Einigkeit und Recht und Freiheit“ hatten die Neonazis in Wunsiedel bis zu zehn Stunden Zeit. Angemeldet wurde der „Gedenkmarsch“ von Uwe Meensen aus dem NPD-Parteivorstand. Als Redner waren Eckart Bräuniger und Wolfram Nahrath angekündigt, auch der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt sollte kommen, genau wie Riegers „Ziehsohn“ Thomas „Steiner“ Wulff.

Er hatte sich nach Riegers Tod zu dessen Nachfolger bei der „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd.“ gemacht. Damit ist er zum Rechtsnachfolger für die von der Firma verwalteten Gebäude im niedersächsischen Dörverden und in Pößneck in Thüringen aufgestiegen. Wulff bestätigte gegenüber dem Hamburg Journal noch einmal seine Ambitionen, den NPD-Landesverband in Hamburg zu übernehmen.

http://npd-blog.info/2010/10/30/nur-150-neonazis-bei-rieger-gedenkmarsch/ ■

Lautstarker Protest gegen NPD in Borbeck

Essen. Für den 9.11.2010, dem 72. Jahrestag der Reichspogromnacht, hatte die NPD-Essen eine Kundgebung angemeldet, an der rund 40 Personen teilnahmen. An diesem geschichtsträchtigen Datum wollten die Anhänger der extrem rechten Partei vorgeblich der Opfer der innerdeutschen Grenze gedenken. Doch bereits im Vorfeld stieß das Vorhaben auf breiten Protest und völliges Unverständnis. „Dass diese Veranstaltung überhaupt genehmigt wurde, ist für uns nicht nach vollziehbar“, so Tessa Kujier, Pressesprecherin der Antifa Essen Z.

Den Neonazis stellte sich ein breites Bündnis von AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen und Anwohnerinnen entgegen, die entschlossen und lautstark ihren Unmut zum Ausdruck brachten. An den Protesten beteiligten sich mehrere Hundert Menschen. Im Verlauf der Protestaktionen wurden vereinzelt Gegenstände auf die Teilnehmer der rechten Kundgebung geworfen. Es kam zu mindestens einer Festnahme auf Seiten der Nazi-Gegnerlnnen. Zudem wurde eine größere Gruppe junger AntifaschistInnen bereits bei ihrer Ankunft in Borbeck durch die Polizei am Verlassen des Bahnhofs gehindert. Nach Beendigung der NPD-Kundgebung mussten die TeilnehmerInnen unter dem lautstarken Protest der Gegendemonstrantinnen von der Polizei zu einem Sonderbus eskortiert werden.

Insgesamt fällt das Fazit des gestrigen Tages verhalten aus. „Trotz der beachtlichen Anzahl der GegendemonstrantInnen ist es ein Skandal, dass diese Veranstaltung am Jahrestag der Pogromnacht überhaupt stattfinden konnte. Zudem erstaunt das breite Interesse seitens Politik und Medien an diesen Vorgängen doch sehr, wenn man bedenkt, dass im vergangenen Jahr bereits eine vergleichbare Kundgebung der NPD in Borbeck stattfand, von der die Öffentlichkeit in keiner Weise Notiz nahm. Trotz mehrerer Hinweise würdigte die lokale Presse diese Vorgänge damals mit keiner Zeile“, so Tessa Kuijer.

Antifa Essen Z ■

Öffentliches Gedenken der Pogromnacht

Kassel. Am 7. November 2010 erinnerten auf Einladung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) und des Kasseler Friedensforums gut vierzig Menschen in einem Mahngang zur Pogromnacht an die Zerstörung der Kasseler Synagoge vor 72 Jahren und die Verfolgung jüdischer Bürger. Zum Auftakt ordnete Ulrich Schneider (VVN-BdA) die Kasseler Vorgänge in den historischen Rahmen ein und unterstrich: „Unser historischer Mahngang ist nicht nur ein geschichtlicher Rückblick, sondern ein konkreter Beitrag gegen antisemitische und rassistische Tendenzen in unserer Gesellschaft heute.“

An verschiedenen Orten in der Kasseler Innenstadt wurden anschließend die Stufen der gesellschaftlichen Ausgrenzung, der Entrechtung bis zur Vorbereitung der Vernichtung jüdischer Mitbürger nachgezeichnet. All dies habe sich „vor den Augen dieser Stadt“ abgespielt, betonte Ulrich Schneider zum Abschluss.

Köln. Auch in diesem Jahr wurde am 10. November an die Hinrichtung von Zwangsarbeitern und Edelweißpiraten in Köln-Ehrenfeld kurz vor Kriegsende erinnert. Die ehemaligen Edelweißpiraten Jean Jülich, Fritz Theilen und Wolfgang Schwarz nahmen an dem Gedenken vor der neu gestalteten Gedenkstätte teil. Zuvor hatten ca. 100 Menschen an einer Demonstration von der ehemaligen Synagoge in der Körnerstraße, die die Nazis am 9. November 38 in Brand setzten, zur damaligen Hinrichtungsstätte am Ehrenfelder Bahnhof teilgenommen.

www.arbeiterfotografie.com

„Nur wenige hatten damals den Mut, sich dieser faschistischen Politik zu widersetzen. ... Auch an sie zu erinnern, ist im Rahmen unseres politischen Gedenkens wichtig."

VVN-BdA Kassel, Dr. Ulrich Schneider Sprecher der Kreisvereinigung ■

Deutsche Neonazis beim Ulrichsbergtreffen

Auf der Homepage der neonazistischen Zeitschrift ‚Deutsche Stimme' (DS) wurde Anfang November ein Bericht über das diesjährige (50.) „Heimkehrertreffen" der Ulrichsberggemeinschaft am 18./19. September veröffentlicht. Laut diesem Bericht hätten sich auch 2010 zahlreiche „Kameraden aus Mittel- und Norddeutschland auf den Weg ins wunderschöne Kärnten, ins Grenzgebiet der ‚Ostmark' und Sloweniens" gemacht, um der „alte[n] Waffenbrüderschaft der Deutschen und der vielen Freiwilligen aus zahllosen Nationen Europas" zu gedenken. Die Reden seien „streng auf die momentan in Kraft befindliche Gesetzgebung in Österreich zugeschnitten" gewesen, daher haben sie die Neonazis nur wenig begeistert. Dennoch stellen sie abschließend fest, dass eine derartige „Gedenkfeier im ‚Altreich' wohl nicht möglich wäre". *Neues von ganz rechts - November 2010, www.doew.at* ■

SPD-Unvereinbarkeitsbeschluss mit der VVN aufgehoben!

BERLIN. Manchmal dauert es etwas länger: Der Parteivorstand der SPD hat den Unvereinbarkeitsbeschluss mit der VVN von 1948 am 25.10.2010 aufgehoben, also nach 62 Jahren! In dem Beschluss von 1948 hieß es: „Die Sozialdemokratische Partei stellt fest, dass die Mitgliedschaft in der VVN unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in der SPD. Hieraus ergibt sich für die SPD als politische Organisation die Verpflichtung, im Rahmen der Möglichkeiten und der in Vorbereitung befindlichen Gesetze einer Wiedergutmachung gegenüber Antinationalsozialisten das Wort zu reden, die den berechtigten Ansprüchen und der Verpflichtung des Volkes gegenüber den Vorkämpfern der Freiheit in weitestem Maße gerecht wird."

Vorstöße und Anträge gegen den Uralt-Beschluss wurden regelmäßig mit dem bescheid, der Beschluss würde nicht mehr angewendet, zurückgewiesen. Nun hat der SPD-Parteivortand am 25.10. 2010 entschieden: „Der Beschluss wird gem. § 6 Absatz 2 Satz 3 Organisationsstatut aufgehoben."

Die genaueren Umstände dieses Sinneswandels sind bislang nicht bekannt. Die VVN-BdA freut sich aber, dass jahrzehntelange Bemühungen ihrerseits ein glückliches Ende gefunden haben und hofft, dass der/die eine oder andere Sozialdemokrat/in sich einen Ruck gibt und nun Mitglied in der VVN-BdA wird.

nach „antifa, Magazin der VVN-BdA Nov./Dez. 2010 ■

Erhalt des „Hotel Silber" ist immer noch möglich

STUTTGART. Am 8. November tagte erstmals der Beirat „Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus in Stuttgart". Diesen hatte OB Schuster bei der Anhörung zum Hotel Silber versprochen. Schon der Name sollte als Arbeitsziel vorgeben, dass die Initiativen für die Erhaltung des Hotels Silber zwar eingebunden werden, aber die Baupläne der Investoren am Karlsplatz (Land und Firma Breuninger) durchgesetzt werden.

Die Investoren sind – ein Novum – im Beirat vertreten. Der OB lobte den Grünen-Antrag, dass nach dem Abriss des Hotels Silber ein kleiner Teil der Fassade, um einige Meter versetzt, wieder aufgebaut wird. Erneut behauptete der OB, von der historischen Substanz des Gebäudes sei nichts mehr da und das versetzte Mauerstück werde eine Gedenkstätte gut vom Kommerz der Umgebung abgrenzen. Das fand Widerspruch, und es wurde auch nicht so beschlossen. Vielmehr gab es eine sehr interessante Diskussion über die Vermittlung des Nationalsozialismus und was dabei die Funktion des Hotels Silber sein soll. Die meiste Zustimmung fand, dass es vor allem um die Weitergabe des Wissens an die nachfolgenden Generationen geht, und zwar in einer aktivierenden Form. Statt der Opfer des Nationalsozialismus sollen die Täter im Zentrum stehen. Für die Gedenkstätte soll ein Konzept entwickelt werden, das von der Funktion dieses Hauses im Dritten Reich und seiner Nachkriegsgeschichte ausgeht. Die Beratung endete mit der Verabredung, dass die Kulturverwaltung ein Protokoll erstellt, das von den Beteiligten ergänzt werden kann. Damit werden die verschiedenen Positionen festgehalten. In der nächsten Sitzung soll das Architekturbüro Behnisch sein Konzept vorstellen. Später sollen pädagogische Vermittlungskonzepte dargestellt werden.

Dem erneutem Versuch des OB, schnell ein Einvernehmen über den Grünen-Antrag herzustellen und eine Ausschreibung für ein Gedenkstätten-Konzept in Auftrag zu geben, wurde erneut widersprochen. Damit ist dieses Ziel aber nicht vom Tisch. Die Diskussion über das Konzept bietet aber (noch?) die Möglichkeit, die Bedeutung des Hotels Silber für eine Gedenk-, Lern- und Forschungsstätte herauszuarbeiten. *Ulrike Küstler* ■

Verkehrte Welt

In Spanien muss der international bekannte Untersuchungsrichter Baltasar Garzon wegen seiner Ermittlungen zu den Verbrechen der Franco-Diktatur auf die Anklagebank. Das entschied der oberste spanische Gerichtshof in Madrid.

Die Justiz legt Garzon zur Last. mit seinen Ermittlungen über das Schicksal von mehr als 100.000 Franco-Gegnern, die gegen Ende des Bürgerkrieges und in den Anfangsjahren der Diktatur ermordet worden waren, seine Kompetenzen überschritten und gegen das Amnestiegesetz von 1977 verstoßen zu haben.

Newsletter DIE LINKE BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus Antifa aktuell 10/10 ■

Nazi-Aufmärsche gemeinsam blockieren!

Aachen/Stolberg. Erneut wollen Neonazis von der NPD, den sogenannten „freien Kameradschaften“ u.a. im April 2011 Stolberg mit Großaufmärschen von mehreren Hundert Beteiligten belästigen. Doch bereits jetzt laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren, die Naziaufmärsche wirkungsvoll zu blockieren.

Anlass für die Zusammenrottungen der Nazis, die leicht erkennbar der Stärkung der eigenen Organisationszusammenhänge dienen, ist die Tötung eines jungen Mannes in Stolberg im April 2008. Obwohl inzwischen erwiesen ist, dass die Tötung auf eine Auseinandersetzung von Jugendgruppen zurückzuführen ist, verbreiten die Nazis die Deutung, der deutsche Junge sei Opfer „antideutschen Rassismus“ geworden und vereinnahmen den jungen Mann für einen kruden deutschen Opfermythos.

Die Aufmärsche der Neonazis sind zu einer unmittelbaren Bedrohung aller Migrantinnen und Migranten geworden. Mit Parolen wie „Wir kriegen Euch alle!“ und „Kein Vergeben, kein Vergessen, Türken haben Namen und Adressen“ versuchen sie, die Bevölkerung im Stolberger Stadtteil Mühle einzuschüchtern.

Obwohl die permamente Gewaltbereitschaft des Faschismus sowohl historisch als auch aktuell erwiesen ist, erhielten sie für ihre martialischen Drohgebärden grünes Licht der zuständigen staatlichen Institutionen und durften seit 2008 jährlich je 2mal im April durch Stolberg marschieren.

Ein Stolberger Bündnis, unterstützt vom Bürgermeister, organisierte Bürgerfeste, Infostände und viele weitere Aktionen, auf denen tausende Stolberger Bürgerinnen und Bürger ihren Protest gegen die Neonazimärsche zum Ausdruck brachten.

2011 – Blockaden gegen Nazis

Diese Aktionen werden im April 2011 ergänzt durch Aktionen zivilen Ungehorsams. Ermuntert durch erfolgreiche Blockaden von Naziaufmärschen in Köln, Dresden und anderen Orten haben sich Menschen aus der Städteregion Aachen auf der 2. Regionalkonferenz „Aktiv gegen Rechts“ zusammengefunden und zusätzliche Aktionen zur Blockierung der jährlichen Naziaufmärsche in Stolberg verabredet.

Die InitiatorInnen sehen diese Form des aktiven Handelns als Ergänzung zu den gewachsenen Aktivitäten des Stolberger Bündnisses. Sowohl in der Innenstadt als auch auf der vorgesehenen Marschroute darf kein Platz für Nazis sein. In diesem Sinne werden die unterschiedlichen Formen des Widerstandes als wichtige und gemeinsame Beiträge zur Verhinderung von Naziaufmärschen in Stolberg betrachtet.

Inzwischen sind die Vorbereitungen einer Blockade weit gediehen. Die eigens für diesen Zweck eingerichtete Webite http://blockieren.mobi stellt Informationen und Materialien zur Verfügung. Beachtlich ist die Liste der UnterstützerInnen, sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen aus nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen. Neben der mitinitiierenden Aachener Kreisvereinigung der VVN-BdA hat inzwischen auch die Landesvereinigung NRW die Unterstützung von Aufruf und Blockaden zugesagt. Die überproportionale Beteiligung christlicher Menschen dürfen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gerne als Herausforderung ansehen. Über **http://blockieren.mobi** bzw. über die Adresse info@blockieren.mobi kann sich jede Einzelperson bzw. Gruppe als UnterstützerIn melden.

Stolberg 2011 – Sie werden nicht durchkommen!
Unterstützt den Aufruf!
Kommt im April 2011 nach Stolberg!

Wir werden mit allen gemeinsam, die den Nazis und ihrer Ideologie keinen Raum geben wollen, den Naziaufmarsch in Stolberg blockieren.

Spendenkonto eingerichtet

Zur finanziellen Absicherung der Mobilisierung haben die Initiatoren aufgerufen, Spenden zu überweisen auf das Konto der VVN-BdA Aachen: Postbank, BLZ 500 100 60, Konto-Nr. 159 62-605, Stichwort „Stolberg2011“

VVN-BdA Aachen ■

Erinnerung an die letzten Opfer des Holocausts in Dortmund

Dortmund. Am 9. November erinnerte die VVN-BdA Dortmund an die Verbrechen der Stahlindustrie von 1945. An der Phoenix-See-Baustelle in Dortmund Hörde, an der Hermannstraße in Hörde wurde ein Schild angebracht. Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, sprach dazu: „Zum Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938 erinnern wir, die Dortmunder VVN-BdA, daran, wie die Verfolgung und Ermordung von Millionen von Jüdinnen und Juden einen ersten Höhepunkt erreichte. Es soll nun auch daran erinnert werden, wie alles endete. Wir erinnern besonders an Julie Risse und Klara Adolf, die zu den letzten Opfern des Holocaust gehörten. Die beiden Jüdinnen waren im April 1945 von Nachbarinnen verraten und aus Essen in das Auffanglager des Dortmund Hörder Hüttenvereins gebracht worden, von wo sie zur Erschießung abtransportiert wurden.

Gegenüber der Hermannstr. 174 wurde mit dem Bau des Phoenix-Sees bekanntlich eine der letzten authentischen Stätten von Widerstand und Verfolgung in Dortmund beseitigt. Im Asphaltierwerk, das ein Panzerwerk war, wurde sogar ein illegaler Streik durchgeführt, Unter der nun abgerissenen Halle (Vergüterei) befand sich eines der grausamsten Arbeitserziehungslager, gemeinsam betrieben von Gestapo und Stahlindustriellen wie Albert Vögler. Von dort wurden bis kurz vor dem Einmarsch der US-Truppen Gefangene zum Erschießen an der Bahn bei der Straße „Am Ölpfad“ und in der Bittermark abtransportiert. Über die Wiederentdeckung des Gestapokellers durch Gisa Marschewski und Ulrich Sander hatten die Medien 2001 berichtet. Dort, wo die Gefangenen abtransportiert wurden und heute nur noch die Andeutung einer Einfahrt (Kantstein) zu sehen ist, soll eine Tafel aufgestellt werden, so wurde uns von den Planern und dem Stadtarchiv versichert.

Wir kommen heute mit Blumen und einer provisorischen Gedenktafel. Der Gedenkort an ermordete Zwangsarbeiter darf nicht im Phönix-See versinken.“

VVN-BdA Dortmund ■

Annahme verweigert –

Das AKuBIZ Pirna e.V. lehnt Sächsischen Demokratiepreis ab

Als Nominierte für den Sächsischen Demokratiepreis sollten wir, das AKuBIZ Pirna e.V., eine „antiextremistische“ Grundsatzerklärung (siehe Kasten) unterschreiben, deren Inhalt zweifelhaft und kritikwürdig ist. So wurden wir beispielsweise aufgefordert alle unsere Partner_innen auf „Extremismus“ zu prüfen. Dafür schlagen die Verfasser_innen u.a. Nachfragen bei den Verfassungsschutzämtern vor.

Dazu erklärt Steffen Richter, Vereinsvorsitzender: „Die Aufforderung an uns, unsere Kooperationspartner_innen auszuleuchten, erinnert eher an Methoden der Stasi und nicht an die Grundlagen einer Demokratie. Selbstverständlich wählen wir seit Jahren unsere Partner_innen danach aus, ob sie demokratische Werte teilen, sich gegen Diskriminierung und für gesellschaftliche Teilhabe einsetzen.“

Uns entsetzt, dass die Initiator_innen des Sächsischen Demokratiepreises sämtliche nominierte Initiativen einem Generalverdacht aussetzen. Damit nehmen sie die Ankündigung des Bundesfamilienministeriums vorweg im nächsten Jahr die Fördermaßnahmen an die Unterzeichnung der sog. Extremismusklausel zu binden.

Steffen Richter dazu weiter: „Bundesfamilienministerin Schröder hat mit ihrer Aussage „Wer damit schon ein Problem hat, der demaskiert sich selbst.“ bereits jetzt deutlich gemacht, was sie von den demokratiefördernden Initiativen hält. Im Gegensatz zu Frau Schröders Annahme haben wir aber gar keine Maske auf, sondern setzen uns – unter Gefährdung unserer Gesundheit und unseres Eigentums – tagtäglich mit unseren Gesichtern und Namen gerne für Demokratie ein.“

Aufgrund der rechtlichen Bedenklichkeit dieser freiheitseinschränkenden und staatliche Hoheitsaufgaben delegierenden Formel, läuft derzeit eine juristische Prüfung zur Zulässigkeit solcher Erklärungen.

Wir stehen für Menschenrechte, Chancengleichheit und Antirassismus. Für diese Ziele werden wir uns auch in Zukunft gemeinsam mit allen, die unsere Grundsätze teilen, einsetzen. Dazu werden wir uns weiter engagieren gegen Neonazis und Alltagsrassismus sowie staatliche Diskriminierung nicht unbenannt lassen.

AKuBiZ e.V. (Alternatives Kultur- und Bildungszentrum e.V.), Pirna
akubiz@gmx.de ■

Im Folgenden die bei der Preisverleihung verteilte Erklärung. Über die Arbeit des AKuBIZ können sie sich auf *www.akubiz.de* informieren.

„Jene, die Freiheit aufgeben, um eine vorübergehende Sicherheit zu erwerben, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.“ (Benjamin Franklin, 1706-1790)

Demokratiearbeit bedeutet, frei zu sein von gegenseitiger Bespitzelung

Die Erklärung fordert, dass wir als Nominierte unsere Partner_innen auf „Extremismus“ prüfen. Dafür schlagen die Verfasser_innen u.a. Nachfragen bei den Verfassungsschutzämtern vor. Die Aufforderung an eine nichtstaatliche Initiative, ihre Partner_innen auszuspähen, erinnert eher an Methoden der Stasi und nicht an ein demokratisches System. So verwundert es, dass 20 Jahre nach der Wiedervereinigung aktiv, zur gegenseitigen Bespitzelung aufgefordert wird. Die Freiheit, mit seinem/r Nachbar_in, Freund_innen und anderen politisch Aktiven ohne Vorbehalte sprechen zu können, ist eine der Grundsäulen einer stabilen Demokratie. Wer bereit ist, solche Werte in Frage zu stellen, stellt die Demokratie an sich in Frage. Feinde der Demokratie sind nicht diejenigen, die aktiv für ihre Erhaltung streiten, sondern diejenigen, die sie durch immer weitere Einschränkungen faktisch abschaffen.

Die Erklärung verlangt von uns, dass wir „ ... im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Vereinen/Trägern sowie Behörden, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge (zu) tragen (haben), dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten.“ Praktisch bedeutet dies, dass wir gezwungen werden zu all unseren Partner_innen – von internationalen Partner_innen in der Zeitzeug_innenarbeit, über Kirchengemeinden sowie im Bundes- und Landtag vertretenen Parteien bis hin zu Flüchtlingen und anderen Vereinen – Anfragen bei den genannten Institutionen zu stellen. Eine solche Regelanfrage würde zur permanenten gegenseitigen Überprüfung führen und somit die Vertrauensgrundlage für unsere bisher erfolgreiche Demokratiearbeit in Frage stellen.

Aus dem Selbstverständnis und den Zielen unseres Vereins ergibt sich zwangsläufig, dass wir ausschließlich mit Kooperationspartner_innen zusammenarbeiten, die sich den Menschenrechten und humanistischen Grundsätzen verpflichtet fühlen. Wir glauben dies auch besser einschätzen zu können, als der Verfassungsschutz, dem Gerichte wiederholt attestierten, fehleinzuschätzen.

Ein Beispiel hierfür ist die antifaschistische Zeitschrift „LOTTA“ aus Nordrhein-Westfahlen. Dem Verfassungsschutz wurde vom Verwaltungsgericht Düsseldorf untersagt, die Zeitschrift in seinem Jahresbericht aufzuführen. So stellte das Gericht fest, dass „[der Verfassungsschutz] selbst nicht davon ausgeht, dass im Falle [der LOTTA] (..) oder auch nur bei einzelnen Autoren von Beiträgen in der ‚LOTTA‘ verfassungsfeindliche Bestrebungen nachgewiesen sind.“ Trotz allem hatte der Verfassungsschutz die Zeitschrift rechtswidrig in seinen Bericht aufgenommen.

Ähnlich ergeht es auch der renommierten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“, die im Verfassungsschutzbericht verschiedener Bundesländer genannt wird. Darin wurde den Opfern des Nationalsozialismus und ihren Nachfahren, die seit dem Ende des Nationalsozialismus wachsam gegen neonazistische und demokratiefeindliche Bestrebungen mahnen, ein unhaltbarer und beschämender Vorwurf gemacht.

Staatliche Aufgaben – wie den Schutz der Verfassung – überhaupt an nichtstaatliche Organisationen abgeben zu wollen, ist darüber hinaus juristisch bedenklich. Die sogenannte Extremismusklausel ist daher derzeit Gegenstand eines Rechtsgutachtens zu ihrer Verfassungsmäßigkeit.

Demokratiearbeit bedeutet, keinem Generalverdacht ausgesetzt zu sein

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz definiert Extremismus als „fundamentale Ablehnung des demokratischen Verfassungstaats“. Das nun genau diejenigen, die tagein, tagaus im flachen Land für Demokratie und Menschenrechte streiten, die ersten sind, die unter einen Generalverdacht gestellt werden, ver-

Die vorgelegte „Extremismusklausel“:

Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.
Als Nominierte bzw. Preisträger des Sächsischen Förderpreises für Demokratie haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Vereinen/Trägern sowie Behörden, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten.
Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.

wundert sehr. Weit weg von Sicherheitsbestimmungen, die Bundes- und Landespolitiker_innen zuteil werden, setzen diese Initiativen sich mutig und vor Ort für den Schutz und die Etablierung demokratischer Normen und Werte ein. So verübten in diesem Jahr Neonazis einen Brandanschlag auf das Auto eines AKUBIZ Mitglieds.

Zum Dank dafür, werden wir als nichtstaatliche Akteure nun unter einen Generalverdacht gestellt. Wer soll da als nächstes folgen? Sämtliche Freiwillige Feuerwehren, Sport- und Schulvereine, alle in der Jugendhilfe Aktiven? Wird uns allen in Zukunft – wenn im nächsten Jahr wie angedacht die sog. Extremismusklausel Bestandteil von Fördermaßnahmen wird – eine Demokratiefeindlichkeit unterstellt. Bundesfamilienministerin Schröder hat mit ihrer Aussage „Wer damit schon ein Problem hat, der demaskiert sich selbst." bereits jetzt klar gemacht, was sie von uns allen hält. Im Gegensatz zu Frau Schröders Annahme haben wir aber gar keine Maske auf, sondern setzen uns – unter Gefährdung unserer Gesundheit und unseres Eigentums – tagtäglich mit unseren Gesichtern und Namen gerne für Demokratie ein.

Demokratiearbeit bedeutet aktives Streiten für Menschenrechte

Mit der Erklärung sollen sich die nominierten Initiativen zur freiheitlich demokratischen Grundordung bekennen. Die fdGO fasst die unabänderlichen Grundprinzipien der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Dabei bezieht sie sich lediglich in einem Punkt auf die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, während alle sechs weiteren Punkte der Legaldefinition im Sinne des § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerf SchG) den Staat und seine Form festschreiben. Letztere können dabei durchaus den Menschenrechten entgegenstehen. So stellt beispielsweise die Bindung der Exekutive an Gesetz und Recht in Frage, wer sich gegen Asylgesetzgebung und Abschiebung engagiert. Ebenso verpflichtet sich nicht vorbehaltlos den Zielen des Grundgesetzes, wer die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (Art. 16a GG) kritisiert.

Uns stellt sich deshalb die Frage, warum die nominierten Initiativen nicht unterschreiben sollten, dass sie sich den universellen Menschenrechten verpflichtet fühlen und dass sie humanistische Grundsätze teilen. Da dem nicht so ist, muss angenommen werden, dass dies den Initiator_innen des Sächsischen Demokratiepreises nicht wichtig ist. Die Zustände in den Heimen für Asylsuchende untermauern diese Vermutung. Im Schreiben heißt es, dass wir als Nominierte nicht den Anschein erwecken dürfen „extremistische Strukturen" zu unterstützen. Aber ab wann erwecken wir den Anschein?

Die jahrelange Unterstützung der Gegenaktivitäten zu Europas größtem Naziaufmarsch in Dresden erfüllt nach Ansicht der Behörden mit hoher Wahrscheinlichkeit diesen Punkt. Uns aber ist es ein Anliegen, dass Nazis nicht ungestört durch die Straßen laufen können, um ihre menschenverachtenden, mörderischen Ideologien zu verbreiten.

Wer ist überhaupt mit „extremistische Strukturen" gemeint. Zum „Linksextremismus" gibt es verschiedene Definitionen, tatsächlich wissenschaftlich fundierte Analysen sind nicht existent. Nach der Definition von Bundesregierung und den Verfassungsschutzbehörden werden mit dem Begriff Bestrebungen von Personenzusammenhängen bezeichnet, die an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine herrschaftsfreie, anarchistische Gesellschaft etablieren wollen.

Danach wäre uns selbst eine Zusammenarbeit mit der SPD oder der LINKEN untersagt, denn beide streben in ihrem Programm einen demokratischen Sozialismus an. Warum auch nicht? Weder Grundgesetz noch fdGO schreiben eine Wirtschaftsordnung vor, Verstaatlichung ist nach dem Grundgesetz explizit zulässig (Art. 15 GG).

Wir wählen unsere Partner_innen nicht nach fragwürdigen Zuschreibungen als „extremistisch". Wir stehen für Menschenrechte, Chancengleichheit und Antirassismus. Für diese Ziele werden wir uns auch in Zukunft gemeinsam mit allen, die unsere Grundsätze teilen, einsetzen. ■

Mit den Fortuna-Fans nach Westerbork

Düsseldorf. Im Rahmen der diesjährigen FARE (football against racism in Europe)-Aktionswoche, schon der zehnten in Düsseldorf, haben die antifaschistischen Fortuna-Fans zusammen mit Puls, einer Organisation von jungen Düsseldorfer Lesben und Schwulen am 17. Oktober eine Tagesexkursion zur Gedenkstätte Westerbork/NL (ehemaliges Lagergelände und Museum) veranstaltet. Dazu war auch die VVN-BdA eingeladen und konnte für die 30 mitreisenden jungen Leute während der langen Busfahrt eine kleine Einführung über die politische Lage in den von Nazideutschland besetzten Niederlanden geben. Das „Polizeiliche Judendurchgangslager Westerbork" war ein von den nationalsozialistischen Besatzern in den Niederlanden errichtetes zentrales Durchgangslager, wo nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 10. Mai 1940 zuerst in die Niederlande geflohene jüdische Deutsche und Österreicher inhaftiert wurden; ab dem 1. Juli 1942 wurde das „Zentrale Flüchtlingslager Westerbork" zum „Judendurchgangslager", von wo aus im Juni die Deportationen in die Vernichtungslager anliefen. Neben den jüdischen Insassen wurden auch Sinti und Roma und Widerstandskämpfer hier festgehalten. 101.000 Menschen wurden Richtung Auschwitz-Birkenau und Sobibór, Bergen-Belsen und Theresienstadt deportiert. Auch der Düsseldorfer Werner Stertzenbach, der in die Niederlande geflohen war, war hier zwischen dem 7. August und dem 3. September 1944 interniert (wie auch Anne Frank). An diesem Tag fuhr hier der letzte Zug Richtung Osten ab. Seit 1983 befindet sich ein Erinnerungszentrum in der Nähe des Lagers. Bei wunderbarem Herbstwetter waren das Museum, in dem zu diesem Termin eine Aktionswoche für Kinder begann und das drei Kilometer entfernt gelegene Lagergelände lebhaft von Familien besucht, was wir besonders erfreulich fanden. Das Erinnerungszentrum bemüht sich sehr, nicht nur rückwärts gewandt zu arbeiten, sondern sich auch aktuell mit Ausgrenzung, Rassismus und Faschismus auseinander zu setzen. Zwei freie Mitarbeiter der Gedenkstätte, einer von ihnen selbst Enkel einer von Westerbork aus Deportierten, führten die Düsseldorfer sehr sachkundig und mit Offenheit für alle Fragen über das Gelände.

Am Ende der Führungen berichtete die eigens aus Nijmegen angereiste Historikerin Sophie Molema, über Werner Stertzenbach im niederländischen Exil und seine Haftzeit in Westerbork. Sie hat ihre Dissertation über ihn geschrieben, über seine Flucht aus Westerbork bis zu seiner Befreiung 1945 in Amsterdam. Eine Übersetzung davon ist in Arbeit.

Erfreulich, dass eine solche Unternehmung vom Fanprojekt getragen wird und dank engagierter Arbeit der einzelnen auch ihren Platz in der Fußballszene finden kann. *S.B., Aus Kreisinfo VVN-BdA Düsseldorf 8/2010* ■

St. Petersburg: Internationale Konferenz über die extreme Rechte und antifaschistische Kundgebung

Am 3. November fand in St. Petersburg eine gutbesuchte internationale Konferenz über die extreme Rechte statt. Tags darauf wurde eine antifaschistische Kundgebung abgehalten.

Über 50 TeilnehmerInnen aus sechs Ländern (Rußland, Ukraine, Estland, Lettland, Polen, Österreich) kamen in St. Petersburg zu einer internationalen Konferenz über das besorgniserregende Anwachsen der extremen Rechten zusammen. Tagungsorte waren Räumlichkeiten der NGO „Deutsch-Russischer Austausch“ und der Universität (Smolny Institut). Analysiert wurden die verschiedenen Ausprägungsformen und Handlungsmuster der extremen Rechten – in der Bandbreite Rechtspopulisten bis hin zu offen neonazistischen und neofaschistische Gruppierungen.

Am 4. November fand im Petrovski-Park eine lautstarke antifaschistische Kundgebung („No Pasaran!“) mit 120 Personen statt – observiert von der „Miliz“ und der berüchtigten Spezialeinheit „Omon“. Auch hier gab es außer den russischen OrganisatorInnen internationale Sprecher: Marcin Starnawskis aus Polen und Hermann Dworczak aus Österreich.

In über 15 Beiträgen wurden auf der Konferenz Ideologie, Organisationsstrukturen und Aktivitäten der extremen Rechten in West- und Osteuropa problematisiert. In der regen Debatte wurde die „Variabilität“ ihrer Feindbilder – sprich deren Austauschbarkeit – herausgestrichen. In Österreich etwa war die Hetze gegen „Tschuschen“ – also Personen, die aus dem Süden (jugo) kamen/Jugoslawien – Kernelement rechtsextremer Ideologie. In den letzten Jahren avancierte allerdings die Islamophobie zum Herzstück des Rechtsradikalismus. Und der „Führer“ der FPÖ trägt demonstrativ ein Armband der serbisch-orthodoxen Kirche, um an die Stimmen der serbischen ImmigrantInnen heranzukommen...

Übereinstimmend wurde festgehalten, dass es insbesonders die – kombinierten – aktuellen ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen sind, die der rechten Demagogie eine Konjunktur verschaffen. Auch die politischen Defizite der traditionelle Linken, die zum Teil sogar Speerspitze des neoliberal-kapitalistischen Gesellschaftsmodells sind (etwa Toni Blair oder ein Gutteil der ehemaligen KP-Spitzen in Osteuropa: Jelzin, Putin,...), kamen zur Sprache.

Insbesonders in Osteuropa sind es die staatlichen Kräfte, die den Rechten Spielraum verschaffen. In Ungarn etwa gibt es eine de facto-Kooperation zwischen der Regierungspartei Fidesz des Ministerpräsidenten Orban und der rechtextremen Partei Jobbik, die – im Parlament – fast so stark ist wie die total heruntergewirtschaftete Sozialdemokratie.

Hetze, Terror und Mord gegen Roma und Sinti („Zigeuner“) stehen auf der Tagesordnung - während die Ewiggestrigen der „Ungarischen Garde“ – trotz „Verbots“ – weiterhin ihr Unwesen treiben können. Gegen AntifaschistInnen und Linke wird hingegen hart durchgegriffen. So war es typisch, dass es rund um die Konferenz und Kundgebung in St. Petersburg erneut zu Festnahmen von Antifaschisten kam.

Die Konferenz blieb nicht bei der Analyse stehen, sondern zeigte eine Fülle von konkreten Möglichkeiten auf, um der Rechten praktisch zu begegnen. Im Alltagsleben, im Bildungsbereich bis hin zu breiten politischen Mobilisierungen wie in Köln oder Dresden, wo der „Antimoscheengipfel“ der europäischen Rechtsradikalen bzw. der Marsch der Neonazis durch die Stadt durch Blockaden verhindert werden konnte.

Vereinbart wurde, dass die Konferenz keine Eintagsfliege sein soll. Die Kooperation der TeilnehmerInnen wird fortgesetzt und erweitert – nicht zuletzt im Rahmen des Europäischen Sozialforumsprozesses (ESF): ständiger Erfahrungsaustausch, Skype-Konferenzen, Einrichtung einer gemeinsamen website etc.

Das nächste gesamteuropäische Treffen – in Fortsetzung des ersten gesamteuropäischen Treffens in Prag im Frühling 2010 – wird aller Voraussicht nach 2011 noch vor dem Sommer in Kiew stattfinden. Sollte die extreme Rechte die Absicht haben in einem europäischen Land „spektakulär“ in Erscheinung treten zu wollen, wird zur Gegenmobilisierung aufgerufen.

Hermann Dworczak ■

Unterstützt von zahlreichen Organisationen aus dem In- und Ausland ruft der „Zug der Erinnerung“ zu Protesten gegen die Deutsche Bahn AG (DB AG) und deren Eigentümer auf. Mit einer zentralen Demonstration am 4. Dezember in Nürnberg sollen die Forderungen der überlebenden Deportationsopfer des DB-Vorgängers „Deutsche Reichsbahn“ unterstützt werden. Sie verlangen eine Restitution ihrer Leiden.

Wenige Tage nach der bundesweiten Protestdemonstration will die DB AG einen Festakt anlässlich des 175. deutschen Bahnjubiläums in Nürnberg veranstalten. Nach unbestätigten Berichten beabsichtigen die Bundeskanzlerin und der Bundesverkehrsminister nach Nürnberg zu kommen. Gefeiert wird im DB-Museum, aus dem das Unternehmen die Öffentlichkeit für 3 Tage ausschließt.

Wegen seiner Darstellungen der NS-Zeit steht das mit Millionenbeträgen subventionierte DB-Museum seit Jahren in der Kritik. So bewirbt das Museum eine NS-Lok als „Glanzlicht der Eisenbahngeschichte“ und handelt die Todestransporte nach Auschwitz „auf versteckten 18 Quadratmetern“ ab. Die DB AG stelle sich in dem Museum „nur gezwungen und so ganz nebenbei“ den historischen Tatsachen, hieß es bereits vor Jahren in der deutschen Presse.

Ausgerechnet in diesem Ambiente werden „Prominente aus Politik und Kultur“ auftreten, kündigt die DB AG an. Auch die Mitglieder des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages sind zum Bahnjubiläum eingeladen. Die Kosten der Feiern (einschließlich großräumiger Sicherheitsvorkehrungen für die anreisenden Eliten) werden auf mehrere Millionen Euro geschätzt.

Die Feiern seien „unangebracht“ und entbehrten „jeglicher Moral“, solange die Opfer der NS-Bahndeportationen „in materieller Not leben und auf eine angemessene Ehrung noch immer warten müssen“, heißt es in dem Aufruf des „Zug der Erinnerung“.

Die Bürgerinitiative teilt mit, dass die Kundgebung für die Überlebenden der „Reichsbahn“-Deportationen durch die Nürnberger Innenstadt zum DB-Museum führen werde. ■

Die Nazi-Demo

Fotos: Karin Richert

500 gegen Naziaufmarsch in Neviges

Für den 30.10.2010 hatten Neonazis aus der Umgebung zur Demonstration ins beschauliche Velbert-Neviges mobilisiert. Etwas mehr als 100 waren diesem Aufruf gefolgt. Nachdem die Demo zunächst durch die Polizei verboten wurde, wurde dieses Verbot zwei Tage vorher gerichtlich aufgehoben. Somit konnten die Nazis durch den Velberter Stadtteil Neviges marschieren und mussten dabei von nicht weniger als 1000 Beamt_innen vor den etwa 500 couragierten Gegendemonstrant_innen geschützt werden.

Unter dem Motto „Multikultur ist sozialer Krieg“ zogen die Neonazis aus dem Rheinland, dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land vom Bahnhof in Neviges zum S-Bahn-Haltepunkt Rosenhügel. Den ungebremst rassistischen Tonfall, der die Veranstaltung prägte, hatte spätestens der zweite Redner bei der Auftaktkundgebung vorgegeben: Manfred Breidbach, stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Düsseldorf/Mettmann und Vorsitzender seiner Partei in der Landeshauptstadt. Breidbach wetterte gegen eine „multikulturelle Pest“, warnte vor einer „Rassenmischung“ und forderte sein Publikum dazu auf, es solle „bis aufs Blut gegen die Überfremdung kämpfen“ und so „unsere Rasse vor dem Untergang bewahren“. Überraschend war es dann nicht, dass Breidbach seine Rede mit einem Zitat des NSDAP-Propagandisten Julius Streicher beendete: „Ein Volk, das nicht auf die Reinheit seiner Rasse achtet, geht zugrunde.“ Streicher, so erläuterte der NPDler dem geschichtlich weniger beflissenen Teil seiner Zuhörerschaft, habe „in Deutschlands großer Zeit gewirkt“. Neben Breidbach traten als Redner der Veranstalter der Demonstration, Axel Reitz aus Pulheim sowie Paul Breuer aus Köln, Sven Skoda aus Düsseldorf und ein Neonazi aus Velbert auf.

Quelle: Indymedia und Bericht von (ts) auf http://nrwrex.wordpress.com/ ■

VVN-BdA regt Mahntafel am Haus des NS-Täters und Ex-FDP-Politikers Ernst Achenbach an

Im Rahmen der Aktion „Verbrechen der Wirtschaft 1933 – 1945“ hat sich die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA; seit 1971 mit Zusatz Bund der Antifaschisten) zum Ziel gesetzt, auch über die Rolle der Täter aus den ökonomischen Eliten der Nazizeit öffentlich Aufklärungsarbeit zu leisten. Zu den besonders nachhaltig wirkenden NS-Tätern gehörte der Nazi-Diplomat, Jurist und später führende FDP-Politiker Dr. Ernst Achenbach aus Essen. Er baute mit den SS-Tätern aus Himmlers Reichssicherheitshauptamt Dr. Werner Best und Prof. Franz Six nach 1945 in Essen einen Apparat zur Strafbefreiung von Mördern auf und hatte großen Einfluss sowohl vor als auch nach 1945. Die VVN-BdA hat folgenden Antrag an den Rat der Stadt Essen gerichtet:

An den Rat der Stadt Essen (betr. Dr. Ernst Achenbach)

Es wird beantragt: An der Geschäftsstelle der FDP in der Seidlstraße in Essen wird eine Mahntafel angebracht mit einem Text, der darauf hinweist, dass in der Nachkriegs-FDP in Essen Dr. Ernst Achenbach (1909-1991) eine bedeutende Rolle als Parteivorsitzender, als Bundestags- und Landtagsabgeordneter gespielt hat. Bei Ernst Aachenbach handelte es sich um den Geschäftsführer der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ und Mitwirkenden an der Deportation französischer Juden in die Vernichtungslager der Nazis.

In der FDP wirkte er dafür, dass in ihr führende Na-zis mitwirken durften und dass die NS-Verbrecher straffrei blieben. Die Tafel soll auf die verhängnisvolle Rolle von Wirtschaftskreisen in der NS-Zeit hinweisen. Sie soll der Mahnung dienen, solche Verbrechen nie wieder zuzulassen.

Vorbild einer solchen Mahntafel ist ein Schild der Stadt Köln, das 1996 vor dem Hause Stadtwaldgürtel 35 angebracht wurde, um an das verhängnisvolle Treffen Hitlers mit der Wirtschaft vom 4. 1. 1933 zu erinnern.

In ihrer Begründung das Antrags an die Stadt Essen verweist die VVN-BdA auf Dokumente von Serge und Beate Klarsfeld aus Paris, die schon seit 1971 über Achenbach in Essen informierten und seinerzeit eine aufsehenerregende Hausbesetzung im Büro Achenbach vornahmen.

Besondere Brisanz erhält die Forderung der VVN-BdA durch das vom Ex-Außenminister J. Fischer angeregte Buch „Das Amt und die Vergangenheit“, Blessing Verlag, das jetzt vorgelegt wurde und starke Beachtung gefunden hat, weil es die NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes beleuchtet. Darin heißt es: „1909 wurde Ernst Achenbach in Siegen geboren. Nach dem Jura-Examen Geschäftsführer der Stiftung Adolf- Hitler-Spende. 1937 NSDAP-Mitglied und Einstieg ins Auswärtige Amt. In Paris mitverantwortlich für Judendeportationen. Nach dem Krieg Eintritt in die FDP. Zuständig für die Besorgung von Spenden der Deutschen Industrie. Von 1957 bis 1976 FDP-Bundestagsabgeordneter. Von 1964-1977 auch Europaparlamentarier. Er verhinderte immer wieder erfolgreich die Verfolgung von NS-Verbrechern. 1991 starb er in Essen.“ (zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 28.10. 2010)

Ulrich Sander
Landessprecher der VVN-BdA NRW ■

„pro Köln“ ante portas

KÖLN. Regina Wilden ist aufgebracht. Wild gestikulierend brüllt die ehemalige „pro Köln“-Ratsfrau ihre Gesinnungsgenossen an: „Hört auf damit!“ – sie meint den Lärm, den einige Anhänger der rassistischen, selbsternannten „Bürgerbewegung“ gegenüber dem EL-DE-Haus am Appellhofplatz mit ihren Trillerpfeifen fabrizieren. Wutentbrannt macht sie kehrt, überlegt es sich doch noch einmal und wird nun von einem Bereitschaftspolizisten an der Rückkehr gehindert. Markus Wiener, Geschäftsführer der „pro Köln“-Fraktion im Rat der Domstadt, eilt ihr zu Hilfe. Außerdem ruft er das Fußvolk zur Räson, welches daraufhin das Trillern einstellt. Die Mahnwache kann weiter gehen – mit Frau Wilden.

Die beschriebene Szene war der Auftakt zu einem seltsamen Schauspiel am 4. November. Die Rechtspopulisten provozierten mit einer „Mahnwache“ gegen den angeblichen parteipolitischen „Missbrauch“ des NS-Dokumentationszentrums. Vorwand war eine gemeinsame Veranstaltung der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus und der Volkshochschule, auf deren Einladung die beiden Politologen Dr. Frank Überall und Dr. Christoph Busch die Ergebnisse ihrer Studien über die Arbeit von „pro Köln“ im Stadtrat und in den Bezirksvertretungen vorstellten. Dass die Rassisten von „pro Köln“ ausgerechnet an dem Ort demonstrierten, der als Symbol für die NS-Verbrechen in der Stadt steht, musste zu Gegenprotesten führen. Als gegen 18 Uhr die ersten „pro“-Anhänger am Appellhofplatz eintrafen, standen ihre Gegner bereits dicht an dicht und blockierten den Eingang zum EL-DE-Haus. Die Zahl der Antifaschisten stieg im Laufe der Zeit bis auf rund 200. Die Rechten mobilisierten knapp über 30 Anhänger, einige der Teilnehmer sind von außerhalb – etwa aus Aachen – angereist. Eine Gruppe junger „pro“-Aktivisten gruppierte sich um ein Transparent der „Jugend pro NRW“ aus dem Bergischen Land. Einer trägt Kleidung der bei Neonazis beliebten Marke „Thor Steinar“. Kurz nach Beginn der „Mahnwache“ wurde es kurzzeitig brenzlig für die „pro“-Aktivisten. Immer mehr Gegendemonstranten strömten über die Straße, die Polizei griff ein und trennte die Gruppen. Als gegen 19 Uhr „Mahnwachen“-Teilnehmer angeführt von Markus Wiener in das EL-DE-Haus eindringen wollten, gab es kein Durchkommen. Da half auch der Hinweis nicht, dass vier Ratsmitglieder von „pro Köln“ Einlass begehren. Während vor der Tür noch immer rund hundert Menschen die Rechten blockierten, war der Veranstaltungsraum mit rund 150 Besuchern bereits hoffnungslos überfüllt. Da konnte auch der Einsatzleiter der Polizei nichts mehr für Wiener ausrichten: „Sorry, wegen Überfüllung geschlossen“. Unverrichteter Dinge zog der „pro Köln“-Tross ab.

Der Eingang zum EL-DE-Haus war dicht

Die Provokation ging nach hinten los: Auch viele „pro“-Gegner konnten sich die Vorträge nicht mehr anhören. Ohne die angekündigte Aktion der Rechtspopulisten hätte die Veranstaltung wohl kaum ein solch großes Interesse gefunden.

Mats Fogeman ■

Markus Wiener, sichtlich frustiert

Fotos: Dominik Clemens

Französische extreme Rechte:
„Dissidenten“, Sektierer und Antisemiten

Die „Dissidenten“ des Front National – zwischen Splitterparteienwesen und Versuchen, Einfluss auf die Vorgänge bei der Hauptpartei der extremen Rechten zu nehmen

PARIS. Am Donnerstag, den 11. November 2010 hielt dieses Spektrum eine Veranstaltung mit rund 400 Teilnehmern in Paris ab. Zu Gast waren u.a. auch ‚Pro Köln‘ und ‚Pro NRW‘, vertreten durch Markus Wiener, stellvertretender Vorsitzender der einen und Generalsekretär der anderen Truppe. Zu Hause bezeichnet die so genannte ‚Pro-Bewegung‘ sich zwar als angebliche „demokratische Rechte“, aber am 11. November in Paris scheute Wiener sich nicht, mit offen pronationalsozialistischen Kräften und geradezu pathologischen Antisemiten auf einem Podium zu sitzen und dort auch Rednern zu applaudieren wie Pierre Vial, dem Apostel eines „Rassenkrieges“.

Die „Dissidenten“frage und der Verdacht auf Doppelmitgliedschaft

Marine Le Pen, aber auch deren Vater, und ihre Anhänger werfen seit einigen Wochen dem Herausforderer Gollnisch vor, er wolle diese „Dissidenten“ der letzten Jahre in die Partei zurückholen. Tatsächlich hatten viele führende Kader, die heute in den abgespaltenen Splitterparteien aktiv sind – wie der frühere FN-Generalsekretär Carl Lang, der Rassenideologe Pierre Vial oder auch der frühere Chef des katholischen Fundamentalistenflügels beim FN, Bernard Antony – zuvor den Aufstieg Marine Le Pens und die vermeintliche „Entideologisierung“ der Partei kritisiert. Rückhalt, um gegen einen Durchmarsch der „Cheftochter“ zu opponieren, kann Gollnisch also unter anderem bei Ehemaligen finden, die derzeit außerhalb der Partei aktiv sind. Beispielsweise im Falle von Carl Lang hat Gollnisch tatsächlich auch Kontakte zu ihnen aufrecht erhalten.

Seit mehreren Wochen wirft die Parteispitze unter Le Pen – Vater und Tochter – ihm nun vehement vor, er organisiere eine angebliche Unterwanderung der Partei, im Sinne einer Strategie des „Entrismus“. Dabei geht es um Neumitglieder, die eine Doppelmitgliedschaft bei anderen Organisationen besäßen; sowie um Altmitglieder, die den FN früher verlassen hätten und nun zurück kehrten, ohne aber ihre neuen Strukturen innerhalb ihrer jeweiligen Splitterparteien aufzugeben. Ihnen droht die Parteiführung jetzt mit systematischem Ausschluss, sobald Doppelmitgliedschaften ruchbar werden.

Splitterparteien vereint: Das Jahrestreffen von ‚Synthèse nationale‘

Schon zum vierten Mal treffen sich, in jährlichen Abständen (von Ende Oktober 2007[1] bis im November 2010), eine Reihe dieser „Dissidenten“. Auf Einladung der 2006 gegründeten Zeitschrift ‚Synthèse nationale‘ versammelten sie sich am diesjährigen 11. November erneut in Paris, in ei-

nem Saal im 15. Bezirk der französischen Hauptstadt.[2]

Deren Namen deutet schon das zentrale Anliegen an, das nämlich darin besteht, eine neue – nationalistische – „Synthese" aus den mitunter höchst unterschiedlichen ideologischen Ansätzen, die innerhalb der extremen Rechten verfolgt werden, herzustellen. Da trifft man auf neuheidnische (und anti-christliche ebenso wie antisemitische) „Rassialisten", katholische Fundamentalisten, Monarchisten aus der Tradition der Konterrevolution von „Anti-1789", betont „revolutionär" im Diskurs auftretende Nationalrevolutionäre... Vor circa 15 bis 20 Jahren war versucht worden, eine gemeinsame politisch-ideologische Basis für diese so unterschiedlichen Strömungen innerhalb des Front National zu schaffen. Aus Sicht vieler Aktivisten und ihrer Ideologen ist dieser Versuch und historische Anlauf jedoch vorläufig gescheitert – zumal der jeweilige „harte Kern" der einzelnen Strömungen oft den FN inzwischen wieder verlassen hat. Unter anderem, weil der führende Familienclan um Le Pen (Vater und Tochter) einer Eigenaktivität der Kader zu wenig Spielraum ließ.

Das diesjährige Treffen stand unter dem Generalthema „Leisten wir Widerstand gegen die Kolonisierung Europas! Gegen die Diktate Brüssels: Betreiben wir Sezession (= Abspaltung)!" Laut Bekunden der Veranstalter des Treffens entstand das Motto, das sich auch in einem öffentlichen Aufruf der Runde – „Sezession gegen das Europa von Brüssel" – widerspiegelt, nach den heftigen Kritiken der EU-Kommissarin Viviane Reding im September 2010 gegen die Roma-Abschiebepolitik im Frankreich Nicolas Sarkozys. Damals, so die Veranstalter, habe man beschlossen, dass die nationalistischen Kräfte in Europa die Abspaltung gegen die „Einschränkungen der Souveränität" durch solcherlei Kritik aus Brüssel propagieren sollten. Thematisch wurde das Treffen stark durch die Agitation gegen Einwanderung und „den Islam" durchzogen, auch wenn der Antisemitismus seinerseits keineswegs (wenn man es ironisch ausdrücken darf) „zu kurz kam".

Das Treffen vereinigte vor allem Anhänger und Aktivisten der drei, größerenteils aus Abspaltungen und -splitterungen vom FN entstandenen, Splitterparteien:

- des PdF („Partei Frankreichs") unter Carl Lang, der von 1988 bis 2005 Generalsekretär der Le Pen-Partei gewesen war;
- der NDP („Neue Rechte des kleinen Volkes") unter Robert Spieler, Abgeordneter des FN in der französischen Nationalversammlung von 1986 bis 88 und später Jahre lang Chef einer rechtsextremen Regionalistenpartei im Elsass;
- und des MNR („Nationale republikanische Bewegung"), zunächst unter Führung von Bruno Mégret, seit dessen Rückzug aus der aktiven Politik im Jahr 2008 inzwischen durch Annick Martin geleitet.

Der MNR war im Jahr 1999 in Marignane bei Marseille gegründet worden (und nahm seinen jetzigen Namen im Oktober 2000 an), die NDP am 1. Juni 2008 in Paris und der PdF offiziell am 23. Februar 2009.

Neben diesen drei parteiförmigen Kräften nahmen auch Anhänger anderer Gruppierungen an dem Treffen teil. Unter anderem Vertreter der gewalttätigen rechtsextremen Studentengruppe GUD (Groupe Union Défense) – die vor allem an der Pariser Jurafakultät Assas verankert ist, wo sie nach einigen Jahren Pause wieder gegründet wurde. Die jungen Leute aus diesen Gruppierungen, die meist eher an rechtsradikalen Klamotten und Bier interessiert schienen, hatten sich während der Podiumsdiskussionen oft an den Infoständen in den Ecken geschart – zum Leidwesen der Parteivertreter auf der Tribüne. Diese mussten öfter zur Ruhe auffordern und mit energischem Durchgreifen (Dichtmachen der Stände) drohen, während ein Alter im Publikum klagte: „Es gibt keinen Respekt mehr!"

Internationale Gäste waren u.a. Hilde de Lobel vom belgisch-flämischen Vlaams Belang (VB, „Flämisches Interesse"), die am Vormittag ihre Partei vorstellte, und Robert Vesterlund von der schwedischen militant-nationalistischen Vereinigung Salemfonden. Letztere organisiert seit Dezember 2000 alljährlich einen „Gedenkmarsch" für einen 17-jährigen rechtsradikalen Aktivisten, der vor zehn Jahren in einem Vorort von Stockholm durch Einwandererjugendliche getötet worden sei. Dazu werden dieses Jahr etwa auch NDP-Aktivisten aus dem Elsass anreisen. Quasi unvermeidlich war der norditalienische Rassist namens Mario Borghezio von der rechten Separatisten-, inzwischen eher Regionalistenpartei Lega Nord. Derselbe Herr war u.a. auch zum „Anti-Islamisierungs-Kongress" von ‚Pro Köln' am 20. September 2008 in die Domstadt angereist. Und schließlich stellte Markus Wiener die Kampagne seines Vereins gegen den Bau einer Moschee in Köln-Ehrenfeld vor und lud das Publikum zum „Marsch für die Freiheit" in Köln am 7. Mai 2011 ein.[4]

Einwanderer-„Invasion"...

Die französischen Redner stellten sich zunächst, an einem „Runden Tisch" am frühen Nachmittag, die Frage: „Wie die Invasion bekämpfen?" Dabei mangelte es nicht an Vorschlägen zum Vorgehen gegen Migranten – Entzug der französischen Staatsbürgerschaft, Reservieren der Sozialleistungen für „Inländer", Abschiebungen –, die aber thematisch doch wenig Neues boten.

Bei der Abschlussveranstaltung am Abend ging der dort diskutierende NS-nahe Rassenideologe Pierre Vial (Mitglied der NDP, Chef des Zirkels ‚Terre & Peuple', also „Volk und Erde") nochmals kurz auf das Thema der vorausgegangenen Debatte ein: „Auf die Frage ‚Wie gegen die Invasion kämpfen?' habe ich eine Antwort. Einen Namen: Charles Martel[3]. Eine Antwort: den Krieg. Den ethnischen Krieg." Derselbe Vial wurde wenige Minuten später, für sein Bekenntnis zum rechten „Antikapitalismus", auch durch Markus Wiener offen beklatscht.

... und „soziale Frage"

Interessanter als die – eher Einigkeit unter den Anwesenden versprechende – Einwanderungsfrage war der darauf folgende Runde Tisch zum Thema „Die nötige soziale Dimension des Nationalismus".

Manche Redner hatten ihre eigenen Vorstellungen zum Thema. So Serge Ayoub, der in den 1980er Jahren einmal Skinhead-Anführer im Pariser Umland gewesen war und heute ein rechtes Kneipenprojekt im 15. Pariser Bezirk – ‚Le local' – leitet. Seit kurzem steht er auch an der Spitze einer nationalrevolutionär ausgerichteten Gruppierung und angeblichen „Arbeitervereinigung" unter dem Namen ‚Troisième Voie' („Dritter Weg", was wie üblich bedeutet: gegen Marxismus und gegen Kapitalismus). Ayoub malte vor den Anwesenden das Szenario eines einmonatigen Generalstreiks aus, den „die französischen Arbeiter" durchführen sollten, „um den Abgang der Politiker" zu erzwingen. Diesen, d.h. den Lohnverlust der abhängig Beschäftigten während dieser Periode, sollten „kommunitäre (gemeinschaftliche) Projekte" der französischen Nationalisten – als eine Art eigener Parallelökonomie – finanzieren bzw. durch Naturalleistungen ausgleichen. Solche Projekte wurden zur selben Zeit auch auf der Bühne vorgestellt, die allerdings aufgrund ihrer Dimension kaum geeignet sein dürften, eine rechte „Revolution" auf frankreichweiter Ebene materiell zu unterstützen und zu tragen. Neben Ayoubs rechtem Kneipenprojekt zählen dazu ein „Gemeinschaftshaus" – ein Wohnprojekt für (in absehbarer Zeit) ein halbes Dutzend Familien, das gleichzeitig rechten Polit- und Kultur-Veranstaltungen und einer Bücherei Raum bieten soll – in der burgundischen Provinz, das Olivier Bonnet vorstellte. Es hört auf den Namen ‚Desouchière', in Anspielung auf die verbreitete Bezeichnung ‚Français de souche' (Abstammungsfranzosen, Franzosen nicht-migrantischer Herkunft). Ähnlich konzipiert ist

das ‚Vlaams Huis' (Flämische Haus) im nordfranzösischen Lille, das durch Luc Pecharman auf dem Podium präsentiert wurde und das durch dem Bloc identitaire nahe stehende Kräfte betrieben wird.

Einige Beiträge gingen zugleich relativ klar am Thema vorbei, weil die Redner ihren jeweiligen ideologischen Hobbys nachgingen: Francis Bergeron, dereinst Aktivist der „Solidaristen" (so hieß eine nationalrevolutionäre Strömung in den 1970er Jahren), stellte sein Buch über Marc Augier alias „Saint-Loup" vor. Bei diesem handelte es sich um einen französischen Waffen SS-Offizier, der jedoch nach 1945 auch als prominenter Schriftsteller (unter Pseudonym) tätig war und 1990 in Paris starb. Das Einzige, was Bergeron darüber zur „sozialen Frage" beizusteuern wusste, war freilich, auch „Saint-Loup" habe sich zum Motto „Gegen Kapitalismus und Kommunismus" erkoren. Der Schriftsteller Jean-Claude Rolinat sprach über das argentinische Peron-Regime in den 1940er und 50er Jahren. Dieses sei zwar nicht „ein verwirklichter Faschismus" (Bergeron) gewesen – was, so Rolinat, „manche bedauern" könnten – ; es habe dennoch Ansätze „zu einer sozialen Politik im nationalstaatlichen Rahmen" geboten.

Jérôme Bourbon, der im März 2010 im Alter von 37 die Leitung der altfaschistischen Wochenzeitung ‚Rivarol' (die seit 1952 erscheint und zunächst den harten Kern der überlebenden Vichy- und Kollaborations-Politiker um sich scharte) übernommen hat, sprach dagegen in keiner Weise über „soziale Fragen". Er sprach ausschließlich über die bevorstehende Regelung der Nachfolgefrage an der Spitze des Front National und kotzte all seinen Hass gegen Marine Le Pen aus. Letztere hat Mitte Oktober 2010 Strafanzeige gegen Jérôme Bourbon erstattet, nachdem dieser sie in einem Interview – das am 16. Oktober auf einer katholisch-fundamentalistischen Homepage publiziert worden war – u.a. als „Wirrköpfige ohne Überzeugung, ohne Ideal, ohne Rückgrat" bezeichnet hatte; um hinzufügen: „Ihre Umgebung besteht aus skrupellosen Karrieristen, aus patentierten Juden und notorischen Leuten vom anderen Ufer (= Homosexuellen)". Auf der Konferenz am 11. November spuckte Bourbon unter anderem den Satz aus, Marine Le Pen lebe angeblich „in wilder Ehe mit dem Juden Louis Aliot zusammen" – der 41-jährige Aliot war bis vor kurzem Generalsekretär des FN und zog sich von diesem Amt zurück, um sich dem innerparteilichen Wahlkampf auf Seiten Marine Le Pens zu widmen. Und: „Die jüdischen Medien verhätscheln Marine Le Pen, denn sie wissen, dass mit ihr dem Nationalismus die Glieder gebrochen sein werden!"

Die nur als fanatisch zu bezeichnenden Ausführungen Jérômes Bourbones brachten den Saal zum Toben. Er war nicht der einzige Redner, der eine aktive Mitmischung in die derzeitigen inneren Konflikte beim Front National predigte (wenngleich die Parteiführer der am Donnerstag repräsentierten Splitterparteien, wie Robert Spieler von der NDP, dem eher abweisend gegenüber standen). Auf der Seite gegen Marine Le Pen, natürlich. Zuvor hatte schon Christian Perez, Chef der kleineren rechten Splitterpartei Parti Populiste (PP), eine aktive Unterstützung für Bruno Gollnisch gefordert, ihm war jedoch – weil das Thema gerade Einwanderung bzw. „Invasion" lautete – das Wort entzogen worden.

Bei der Abschlussrunde stachen u.a. die Ausführungen des Rassenideologen Pierre Vial und des 34 Jahre jungen Generalsekretärs des PdF, Thomas Joly, hervor. Zunächst sprach Joly sich dafür aus, dass die rechten Parteien zwar Wahlen als „Tribüne" benutzen, aber auf keinen Fall auf eine vor allem an Wahlen orientierte Strategie setzen sollten: Sie dürften sich „nicht ins System integrieren", sondern ihr Ziel müsse sein, „das System zu stürzen". Dies stellt er sich ganz offenkundig als eine Art Nazi-Revolution vor. Die Vertreter der etablierten Kräfte, fügte er hinzu, würden „dann wohl nach New York oder nach Tel Aviv ins Exil gehen". Thomas Joly grüßte vom Redner-Mikrophon auch ausdrücklich das „Unterstützungskomitee für Vincent Reynouard", das im Saal einen Stand hatte. Reynouard ist ein wegen zahlreicher Vorfälle öffentlicher Holocaustleugnung seit einem knappen halben Jahr inhaftierter Auschwitzleugner. An dem Stand wurden ganz offen u.a. die Schrift des antisemitischen Frühsozialisten Alphone Toussenel von 1845 – „Die Juden, Könige unserer Zeit" –, oder „Juden und Antisemitismus" von Lucien Rébatet (einem der führenden Ideologen und „Journalisten" der NS-Kollaboration im besetzten Frankreich) feilgeboten. An benachbarten Ständen gab es etwa eine – ins Französische übersetzte – Broschüre des NSDAP-Ideologen Alfred Rosenberg über „Den großen Verschwörerkongress von Basel (1897)"; gemeint mit dem Titel ist der erste Zionistenkongress, der 1897 in der schweizerischen Stadt stattgefunden hatte. Bei dem Buch handelt es sich um die deutsche Version der „Protokolle der Weisen von Zion", welche Alfred Rosenberg für die NSDAP adaptiert hat.

Pierre Vial, nachdem er (s.o.) den „ethnischen Krieg" gefordert hatte, sprach sich seinerseits für ein vorgeblich „soziales Profil" der Rechten aus. Nachdem er den „Materialismus" sowohl in Gestalt des Marxismus als auch des Liberalismus – beiden sei ihr „Ökonomismus" (d.h. ihr auf wirtschaftliche Aspekte konzentriertes Menschenbild) gemeinsam – gegeißelt hatte, forderte er dann plötzlich rote Fahnen und revolutionäres Auftreten. „Der Kampf gegen das Europa von Brüssel", verlangte er, „bedeutet klaren Antikapitalismus!" Und: „Die rote Fahne macht mir keine Angst. Vor allem, wenn ein Keltenkreuz darauf prangt." Historisch hätte er wohl ein Hakenkreuz im Visier gehabt, doch dies würde juristische Probleme aufwerfen, da tut es ein ebenfalls mit rechtsextremen Kräften identifiziertes Kreuz auch. (Das Keltenkreuz kam bei französischen Rechtsradikalen in den späten 40er und den 50er Jahren in Mode. Es handelt sich um einen Kreis, in dem ein Kreuz aufrecht steht. Dabei überragen die Balken des Kreuzes auf allen vier Seiten den Kreisumfang.)

Zum Abschluss forderte Vial, die extreme Rechte – oder ihre konsequenten Kräfte – sollten im Frühjahr 2011 „eine Demonstration für die Opfer der Pariser Kommune" veranstalten. Die Commune de Paris dauerte von März bis Mai 1871. Ihre brutale Zerschlagung durch die bürgerlich-reaktionäre Regierung von Adolphe Thiers, die sich nach Versailles geflüchtet hatte, und die spätere Repression forderte Zehntausende Todesopfer und Tausende von Verbannungen in koloniale Zuchthäuser. Diese Ereignisse jähren sich 2011 zum 140. Mal, es handelt sich also um einen „runden" Jahrestag.

Schon in den Jahren 1996/97 hatte der – inzwischen verstorbene – rechtsextreme Ideologe Jean Mabire in der damaligen FN-Wochenzeitung ‚National Hebdo' gefordert, die nationalistische Rechte solle die Commune de Paris für ihre Zwecke uminterpretieren: als Protest der nationalen Massen gegen die Niederlage im Krieg von 1870/71 und gegen die Zusammenarbeit zwischen preußischer Armee und bürgerlicher Regierung in Versailles. (Letztgenannte Kooperation war ansonsten real, da beide reaktionären Staatsmächte miteinander gegen die Commune de Paris einig waren.) Nunmehr könnten also einige faschistische Kräfte einen erneuten Anlauf unternehmen, um dieses historische Ereignis für sich zu vereinnahmen und sich als „Revolutionäre" aufzuführen.

Bernhard Schmid, Paris ■

1 : Vgl. unseren Bericht zum ersten derartigen Treffen, am 27. Oktober 2007, das damals im 7. Pariser Bezirk stattfand: http://www.antifaschistische-nachrichten.de/2007/22/1frankreich.shtml

2 : Der 11.11. ist in Frankreich ein gesetzlicher Feiertag, nicht aufgrund des Kölner Karnevalsbeginns, sondern weil an diesem Tag bis heute offiziell des Kriegsendes am Ausgangs des Ersten Weltkriegs gedacht wird. Am 11. November 1918 wurde der Waffenstillstandsvertrag in einem Eisenbahnwaggon – einem Salonwagen - in der Nähe von Compiègne, nordöstlich von Paris, durch eine deutsche Delegation unter dem Abgeordneten Matthias Erzberger unterzeichnet.

3 Der fränkische Krieger, deutsch „Karl Martell" genannt, hat der Geschichtslegende zufolge im Jahr 732 christlicher Zeitrechnung in der Nähe des westfranzösischen Poitiers „die Araber (respektive Sarazenen) und die Ausbreitung des Islam" mit Waffengewalt „gestoppt". In Wirklichkeit kämpfte er gegen einen relativ kleinen Trupp arabischer Reiter, der im Dienste spanischer katholischer Feudalherren stand. - Der MNR hielt im Herbst 2000 eine Großveranstaltung auf der Wiese statt, wo die Schlacht damals stattgefunden haben soll.

4 Auf der Webseite „Synthese national" findet sich ein Video über den Auftritt Wieners in Paris: http://synthesenationale.hautetfort.com/

Bundesweiter Jugendprotest zur Innenministerkonferenz

HAMBURG. Von der Abschiebung bedrohte Jugendliche protestieren parallel zur Innenministerkonferenz (IMK) in Hamburg vom 17.-21. November und wählen den Abschiebeminister 2010.

In diesem Rahmen veranstalten die Jugendliche ohne Grenzen (JOG) und ihre Bündnispartner am 17.11.10 die Demonstration „I love Bleiberecht" – mehreren tausend Menschen werden erwartet. Am 18.11.10 wird bei einer Gala der Abschiebeminister des Jahres 2010 gewählt, der Initiativenpreis 2010 verliehen und die Hamburg-Premiere des Theaterstücks „SOS for human rights!" (GRIPS Theater) aufgeführt. Gleichzeitig führt JOG eine Jugendkonferenz durch. Motto: „Wir sind gekommen, um zu bleiben – und gehen nicht mehr weg!"

Derzeit wird eine Änderung des Aufenthaltsrechts für geduldete Flüchtlingsjugendliche vorbereitet. Denn die Innenminister können nicht mehr glaubhaft erklären, warum junge Arbeitskräfte im Ausland gesucht werden, gleichzeitig aber in Deutschland ausgebildete und integrierte Migranten abgeschoben werden. Am 27. Oktober wurde bereits im Innenausschuss des Bundestags über mehrere Gesetzesinitiativen debattiert. Auf der Innenministerkonferenz wird wahrscheinlich über einen Kompromiss zwischen Bund und Ländern verhandelt werden. Die IMK hat bereits 2006 eine Bleiberechtsregelung beschlossen, die an der Lage geduldeter Flüchtlinge nicht viel geändert hat. Die restriktive Regelung schloss viele Menschen aus. 88.000 geduldete Flüchtlinge und mehrere 100.000 Menschen ohne Papiere haben daher momentan Angst vor ihrer Abschiebung. Mehr als die Hälfte der Geduldeten lebt seit länger als 6 Jahren in der BRD, viele Jugendliche sind hier aufgewachsen, trotzdem droht die „Rückführung", also Abschiebung. Es werden unentwegt Versprechen gemacht, eine dauerhafte Lösung des Problems wird nicht erstrebt. Deshalb fordern wir „Jugendlichen Ohne Grenzen" von der IMK in Hamburg:

• ein großzügiges Bleiberecht für Alle
• die Gleichberechtigung von Flüchtlingen v.a. beim Bildungs- und Arbeitsrecht
• Legalisierung von Menschen ohne Papiere (sog. Illegale)
• Das Recht für unsere abgeschobenen FreundInnen, in ihre Heimat Deutschland zurückkehren zu dürfen!
• Wohnungen statt Flüchtlingslager und Bargeld statt Sachleistungen!

Newroz Duman (Jugendliche Ohne Grenzen – Hessen), Mohammed Jouni (Jugendliche Ohne Grenzen/bbz Berlin-Brandenburg), Tobias Klaus (Jugendliche Ohne Grenzen – Bayern) ■

Griechenland: Frontex soll die Grenzen dicht machen

„Im März dieses Jahres hieß es, dass die EU-"Grenzschutzagentur" Frontex nicht nur personell und technisch besser ausgerüstet (u.a. mit Drohnen), sondern auch ihre Einsatzfähigkeit organisatorisch und strategisch verbessert werden soll. Die Umstrukturierung würde der Agentur eine sehr viel größere Eigenständigkeit bei Grenzschutzoperationen zugestehen, was Planung, Durchführung und Lageeinschätzung angeht. So kommt der erstmaligen Anforderung der schnellen Frontex-Eingreiftruppen – „Rapid Border Intervention Teams" (RABIT) – durch Griechenland eine gewisse Bedeutung zu.

Laut EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström gelangen gegenwärtig fast 90 Prozent der illegalen Einwanderer über Griechenland in die EU. Diese Entwicklung zeigt sich seit einiger Zeit. Schon im Jahr 2007 machten Berichte darauf aufmerksam, dass die Region im Nordosten Griechenlands beim Fluss Evros, der Griechenland von der Türkei trennt, zu den wichtigsten Übergangsstellen für illegale Immigranten aus dem Nahen Osten und Asien gehört. Die Flüchtlingszahlen würden ständig steigen. Wurden in den ersten acht Monaten des Vorjahres noch 5.600 Flüchtlinge an der Grenze zur Türkei aufgegriffen, seien es dieses Jahr schon 23.000 gewesen. Da zugleich die Zahlen in der Ägais zurückgingen, laut NZZ von 15.000 auf 4.000, sieht es ganz so aus, als ob der Übergang in der Präfektur Evros immer stärker frequentiert wird. Die Auffanglager, z.B. in Filakio, sind nach Medienangaben überfüllt.

Laut der Organisation „Ärzte ohne Grenzen" herrschen dort prekäre Lebensbedingungen, auch Malmström äußerte sich „sehr besorgt über die Bedingungen, in denen die Immigranten derzeit lebten". Kritiker halten Griechenland seit einigen Jahren eine Praxis im Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen vor, die Menschenrechte nicht genügend achtet.

Quelle: http://www.heise.de/tp/blogs/8/148633 - Labournet ■

Abschiebe-Stopp nach Griechenland

SCHWEDEN. Abgewiesene Flüchtlinge werden in Schweden künftig nicht mehr nach Griechenland abgeschoben. Auch wenn sie dort bereits im Sinne des Dubliner Abkommens der Europäischen Union um Asyl angesucht haben. Die Einwanderungsbehörde des skandinavischen Landes (Migrationsverket) folgt damit dem Beispiel mehrere anderer europäischer Staaten. Migrationsverket-Direktor Dan Eliasson begründete den Beschluss vom Dienstagabend damit, dass die griechischen Asylbehörden nicht mehr imstande seien, den Flüchtlingen überhaupt ein Asylverfahren zu gewährleisten. „Ihr Funktionsvermögen ist zusammengebrochen", sagte Eliasson.

Mit der Entscheidung griff die Einwanderungsbehörde einem erwarteten Urteil des schwedischen Höchstgerichts vor, das innerhalb der nächsten zwei Monate erwartet wird. Einer der drei schwedischen Asylgerichtshöfe, jener in Malmö, hatte Anfang September Abschiebungen nach Griechenland untersagt. Die Einwanderungsbehörde hatte daraufhin das Höchstgericht um Stellungnahme ersucht.

In Österreich stoppte der Verfassungsgerichtshof (VfGH) vergangene Woche die Abschiebung einer afghanischen Asylwerberin nach Griechenland. Der VfGH begründete seine Entscheidung mit der „unbestrittenermaßen schwierigen Betreuungssituation für Asylwerber in Griechenland" und auferlegte den Behörden in künftigen Fällen die Einholung einer „fallbezogenen individuellen Zusicherung", dass die Asylwerber in Griechenland tatsächlich betreut werden.

Österreich hat bisher keinen generellen Abschiebungsstopp nach Griechenland verfügt. *Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS)* ■

Experten uneins über Oppositionsvorstöße zum Bleiberecht

BERLIN. Vorstöße der Oppositionsfraktionen von SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes treffen bei Experten auf ein unterschiedliches Echo. Dies wurde am Mittwochnachmittag bei einer Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses zu je einem Gesetzentwurf der SPD-(17/207) und der Linksfraktion (17/1557) sowie einem Antrag der Grünen-Fraktion (17/1571) deutlich.

Die SPD-Fraktion will mit der Änderung des Aufenthaltsgesetzes das Bleiberecht für langjährig in Deutschland geduldete Ausländer novellieren. Damit solle Ausländern, die bisher lediglich eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe" erhalten haben, eine gesicherte Perspektive geboten werden, heißt es in dem Gesetzentwurf der Fraktion. Zudem müsse die Praxis der sogenannten Kettenduldungen wirksamer eingedämmt werden, als es bislang der Fall sei.

Auch die Linksfraktion macht sich für eine Vermeidung der Kettenduldungen von in Deutschland lebenden Ausländern stark. Das Problem der über Jahre andauernden Kettenduldungen bestehe ungeachtet der gesetzlichen „Altfallregelung" vom August 2007 und zweier Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom November 2006 und 2009 fort, schreibt die Fraktion in ihrem Gesetzentwurf.

Die Grünen-Fraktion dringt in ihrer Vor-

Veranstaltung in Köln:

Freiheit für Dogan Akhanli

KÖLN. Wenn sich Solidarität und die Gewissheit, füreinander einzustehen, mit Händen greifen lassen, wird auch eine Veranstaltung in kahlen Räumlichkeiten zum eindrucksstarken Erlebnis. So war es am 31.10. in Köln, im neu eröffneten Rautenstrauch-Joest-Museum in der Innenstadt. 450 Menschen im völlig überfüllten Saal erlebten drei Stunden, die Mut machten und die Versammelten zu einer Gemeinschaft verbanden.

Für den musikalischen Rahmen sorgte Mehmet Akbaþs mit Band. Bürgermeis-

terin Elfi Scho-Antwerpes überbrachte zu Beginn die solidarischen Grüße der Stadt Köln und verlas einen Brief des Oberbürgermeisters, der sich bei seinem Istanbuler Kollegen für Dogan Akhanli eingesetzt hat. Christa Schuenke vom deutschen P.E.N. Zentrum unterstrich, was einleitend schon Osman Okkan, Journalist und Vorstandssprecher des Kulturforum Türkei Deutschland ausgeführt hatte; dass nämlich die Inhaftierung von Dogan Akhanli in der unrühmlichen Reihe von zu Unrecht inhaftierten, verurteilten, gefolterten und getöteten Menschen in vielen Staaten der Erde steht: Autoren, Gewerkschafter, Menschenrechtler, Angehörigen von Minderheiten leiden bis heute unter staatlicher Willkür und den anmaßenden Unrechtsurteilen der Macht.

Haydar Erol, Rechtsanwalt von Akhanli aus Istanbul erläuterte gemeinsam mit dem Kölner Anwalt Ilias Uyar den Stand des Verfahrens und den Skandal, dass sein Mandant trotz entlastender Zeugenaussagen und völlig fehlender Beweise weiterhin in Haft gehalten wird. Ein Verfahren, so die ebenfalls von der türkischen Justiz verfolgte Autorin Pinar Selek, derzeit Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung in Deutschland, das leider typisch für das türkische Gerichtssystem sei, das sich die Vernichtung von Kritikern und nicht die Rechtsprechung auf die Fahnen geschrieben habe.

Im Zentrum der Solidaritätsveranstaltung standen die Lesung eines Textes von Dogan Akhanli, vorgetragen von Günter Wallraff und ein Gespräch von Osman Okkan mit dem Journalisten und Schriftsteller aus Köln-Ehrenfeld, mit Lale Akgün, Autorin, Psychologin und Politikerin, und mit dem Schriftsteller Navid Kermani. Einheitliche Position war: Die Gewissheit, beschützt zu sein vor staatlicher Willkür und bewahrt zu werden vor bürokratischer Unberechenbarkeit / das macht im Kern die positive Vision Europas aus. An dieser Vision ist die moralische Beschaffenheit einer Regierung zu messen; der Abstand einschlägigen Regierungshandelns von der genannten Vision ist gleichzeitig die Entfernung einer Staatsgewalt von den Menschenrechten. Und wo es an staatlicher Bereitschaft mangele, Schutz zu bieten und Gerechtigkeit herzustellen, sei ziviler Ungehorsam und widerständige Aktion gefragt, ergänzte Günter Wallraff. Käme Dogan Akhanli im Dezember nicht frei, werde er mit einer spektakulären Aktion die türkischen Behörden daran erinnern, dass Freiheit unteilbar und Menschenrechte universell seien.

Fatih Cevikkollu hatte mit einer kleinen Geschichte das Schlusswort: „Ein Mann war an sein Lebensende gelangt und Gott rief ihn zu sich. Doch er zeterte und schrie und wollte nicht. Gott gab schließlich genervt nach und fragte den immer noch Keifenden: „Nun beruhige dich! Sag mir, was du willst und was ich dir gewähren soll.“ Mit der Hand raffte der Mann eine Handvoll Sand vom Boden, hielt sie Gott vor die Nase und rief: „Gib mir so viele Jahre, wie ich Sandkörner in der Hand halte!“ „Nein“, antwortete Gott ihm geduldig, „das ist zu viel, du übertreibst. Such dir etwas anderes.“ Der Mann blickte hektisch um sich, sah einen Baum und forderte: „Gib mir Lebensjahre in der Zahl der Äste dieses Baumes!“ Wieder schüttelte Gott den Kopf und mahnte den Mann zur Bescheidenheit. „Sag mir“, schlug er ihm vor, „wie viele Freunde du hast. Freunde, verstehst du? Wirkliche Freunde. So viele Jahre will ich dir dann geben.“ Tot fiel er um, der Mann, in diesem Augenblick.”

Fatih schaute in die Runde und schloss seine Parabel mit den Worten: „Dogans Leben wird sicherlich lange währen. Die Zahl seiner Freunde ist jedenfalls ein sicheres Zeichen – und ein gutes.“

Veranstaltungen wie diese und auch der Aufruf “Freiheit und Gerechtigkeit für Dogan Akhanli”, der an diesem Abend veröffentlicht wurde, würden dafür sorgen, dass die Solidarität in Deutschland auch den Justizbehörden in Istanbul und der Regierung in Ankara nicht verborgen bliebe, so abschließend Osman Okkan. Öffentlicher Druck und die unmissverständliche, öffentliche Forderung der Bundesregierung nach Freilassung von Dogan Akhanli seien nötig, um die Unrechtsprechung der türkischen Justiz zu ihrem längst verdienten Ende zu bringen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung spendeten 2.300 Euro, um die Solidaritätsarbeit und besonders die Anwaltskosten zu finanzieren.

Albrecht Kieser ■

Sonderseite eingerichtet:
www.gerechtigkeit-fuer-dogan-akhanli.de

---

lage auf eine „wirksame und stichtagsunabhängige“ Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz. Stichtagsregelungen führten immer wieder zu neuen humanitären Härtefällen, argumentiert die Fraktion in ihrem Antrag. Notwendig sei daher eine „dauerhafte gleitende Bleiberechtsregelung“, die auch auf künftige Fälle Anwendung finden könne.

In der Anhörung verwies Klaus Dienelt, Richter am Verwaltungsgericht Darmstadt, darauf, dass Ziel aller drei Vorlagen ein Aufenthaltsrecht sei, das von einem Stichtag unabhängig sein soll, aber abhängig von einer bestimmten Aufenthaltsdauer der betroffenen Ausländer. Dienelt lehnte in diesem Zusammenhang die Vorstellungen der Linksfraktion als „nicht systemkompatibel“ ab, während er die Vorschläge der SPD- und der Grünen-Fraktion als „prüfenswert“ bezeichnete. Es sei aus mehreren Gründen notwendig, eine stichtagsunabhängige Altfallregelung einzuführen.

Auch der Münchner Rechtsanwalt Hubert Heinhold stellte sich hinter das Anliegen einer stichtagsunabhängigen Regelung. Sein Kollege Victor Pfaff auf Frankfurt am Main unterstützte „im Grundsatz eine rollierende Bleiberechtsregelung“. Dietrich Eckeberg von der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe nannte die drei Vorlagen „richtungsweisend“. Ihre Zielrichtung entspreche dem Handlungsbedarf, und sie enthielten sachgerechte Lösungsansätze.

Dagegen lehnte Christian Storr von der Stabsstelle des Integrationsbeauftragten der baden-württembergischen Landesregierung eine stichtagsfreie Altfallregelung ab. Sie wäre ein Verstoß gegen die Systematik des Aufenthaltsgesetzes. Auch würden damit Einwanderungsanreize geschaffen, die man nicht wolle. Wilfried Schmäing vom hessischen Innenministerium sagte, ein genereller Verzicht auf einen Stichtag sei fachlich nicht vertretbar. Paul Middelbeck vom niedersächsischen Innenministerium argumentierte, käme es zu den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen, könne nicht mehr das Ziel erreicht werden, die Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen. *Quelle: stefan kessler, Jesuitenflüchtlingsrat* ■

Flüchtlingslager muss geschlossen werden, sofort!

COBURG. Am 4.11.2010 besuchte das Netzwerk Deutschland Lagerland im Rahmen seiner Schmutzigen-Donnerstags-Tour Oberfranken. Dabei besichtigten MitarbeiterInnen des Bayerischen Flüchtlingsrats das Flüchtlingslager in der Coburger Uferstraße. Was sie dort antrafen, schockierte sie zutiefst:

• Das Gebäude ist baufällig, durch Innen- und Außenwände ziehen sich tiefe Risse, die z.T. durch die Mauern hindurchgehen. Weil deshalb Türrahmen verzogen sind, lassen sich manche Türen nur schwer öffnen

• Es regnet zum Dach rein, das Wasser sickert vom 2. Stock durch die Decke in die Küche im 1. Stock und von dort weiter ins Bad im Erdgeschoss.

• Die Kabelschächte der Elektroinstallation liegen offen, teilweise hängen Steckdosen an den Kabeln aus den Schächten heraus

• Es gibt für rund 50 alleinstehende Männer in 2 Etagen nur ein Pissoir, drei Toiletten und 2 Duschen.

• Überall wimmelt es von Kakerlaken, in den Bädern, in den Toiletten, in den Küchen, in den Zimmern, unter den Betten, in den Schränken, einfach überall.

Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer hat zugesagt, dass Flüchtlinge „nach zeitgemäßen humanitären Maßstäben und angemessen untergebracht" werden (s. „Grundsätze der Unterbringung" in den Leitlinien vom 1.4.2010). Das Coburger Flüchtlingslager spricht diesem Versprechen Hohn. Der Bayerische Flüchtlingsrat fordert deshalb Haderthauer auf, das Coburger Lager sofort schließen zu lassen, um diese menschenunwürdigen Zustände sofort zu beenden.

„Wir haben schon viele Flüchtlingslager in Bayern gesehen, aber was wir in Coburg zu Gesicht bekommen haben, ist ein Skandal! Der Coburger Stadtrat Dr. Hans-Heinrich Eidt (FDP) erklärte gegenüber der Neuen Presse Coburg auf die Frage, was mit dem Lager jetzt geschehen solle: „Sprengen". Wir können ihm nur beipflichten, bitten ihn jedoch, uns vorher über die Sprengung zu informieren, damit wir die Flüchtlinge rechtzeitig warnen können und niemand zu Schaden kommt", kommentiert Alexander Thal.

www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Essenspakete in Bayern extrem überteuert

BAYERN. Am 28.10.10. stellte die BI Asyl Regensburg und das Netzwerk Deutschland Lagerland die Ergebnisse ihres Testkaufs vor, um den Wert der Lebensmittel herauszufinden, die in Essenspaketen der Flüchtlinge in Regensburg enthalten sind. Die Ergebnisse sind empörend: Der nominelle Wert der Essenspakete (Nennwert) laut bayerischer Asyldurchführungsverordnung (DV Asyl) liegt deutlich unter dem, was die Regierung der Oberpfalz an ihren Lieferanten „Drei König Lebensmittelservice GmbH und Co. KG" für die Essenspakete zahlen muss. Drei König stellt dafür monatlich 148 Euro pro Essenspaket in Rechnung. Der Nennwert der Essenspakete beträgt dagegen für alleinstehende oder Haushaltsvorstände nur 132,94 Euro, für Kinder bis 7 Jahre 89,48 Euro und für alle Haushaltsangehörigen ab 8 Jahren 125,78 Euro (s. § 23 DV Asyl). Während die Mehrausgaben für die Essenspakete von alleinstehenden Erwachsenen 11,33 % betragen, belaufen sie sich bei kleinen Kindern auf stolze 65,40 %. Zudem hat der Testkauf von Essenspaketen für einen alleinstehenden Erwachsenen ergeben, dass der Inhalt der Essenspakete monatlich 120,73 Euro kostet, 12,21 Euro (9,18%) weniger als der Nennwert und 27,27 Euro (22,59 %) weniger, als die Regierung dafür ausgibt. Damit ist klar, dass die Versorgung von Flüchtlingen mit Essenspaketen nicht nur die Betroffenen in ihrem Selbstbestimmungsrecht einschränkt und als schikanös empfunden wird, sondern auch noch unnötige immense Kosten verursacht.

Zudem steigert Drei König seine Gewinnspanne, indem den Flüchtlingen weniger Essen geliefert wird, als ihnen zusteht. „Die Essenspakete dürfen nicht weiter Teil der bayerischen Abschreckungspolitik von Flüchtlingen sein. Essen ist ein Menschenrecht und Menschenrechte haben Vorrang! Wir fordern deshalb die sofortige Auszahlung von Bargeld statt Essenspaketen", kommentiert Stefan Klingbeil vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Zudem muss das Asylbewerberleistungsgesetz, das die bundesgesetzliche Grundlage für die Versorgung mit Essenspaketen bietet, umgehend abgeschafft werden. Denn es drückt darüber hinaus Flüchtlinge um 40 % unter das staatlich definierte Existenzminimum (Hartz IV)."

Der komplette Bericht vom Testkauf: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/tl_files/PDF-Dokumente/10-10-28_Stellungnahme_Essenspakete.pdf ■

Lörracher Gemeinderat sagt Ja zu „Save Me"

Am Donnerstag, den 21.10.2010, hat der Lörracher Gemeinderat mit deutlicher Mehrheit die Unterstützung der Save Me Kampagne beschlossen. (19 Jastimmen, 6 Neinstimmen und 4 Enthaltungen).

Der Beschluss lautet:

1. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach begrüßt die „Save-me"-Kampagne um schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren. Die Stadt Lörrach unterstützt mit diesem Beschluss die Bemühungen der Initiative, das vom Flüchtlings- Hochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) eingerichtete Programm „Resettlement" auch in der Bundesrepublik Deutschland umzusetzen.

2. Die Stadt Lörrach erklärt ihre Bereitschaft, im Rahmen des Resettlement- Programms der Bundesregierung maximal fünf Flüchtlinge aufzunehmen. Der Antrag war von der Stadtverwaltung mit starker Unterstützung der Oberbürgermeisterin G. Heute-Bluhm (CDU) eingebracht worden. Die Verwaltung war damit etwas schneller, parallel liefen Vorbereitungen für einen interfraktionellen Antrag (SPD, Grüne, FDP, mit allen drei war die lokale Save Me Kampagne bereits in enger Abstimmung).

Die Lörracher Kampagne hat bisher die Unterstützung von rund 180 PatInnen, von den ca. 125 bereit sind sich namentlich auf der Homepage nennen zu lassen.

www.save-me-loerrach.de ■

Familie lebte drei Wochen unter Brücke

Göttingen. Mehr als drei Wochen musste eine Roma-Familie in Göttingen nach Angaben ihres Rechtsanwaltes Bernd Waldmann-Stocker in einem Zelt und unter einer Brücke campieren. Ein „Behörden-Hick-Hack" zwischen Stadt und Landkreis Göttingen habe dazu geführt, dass die allein stehende Frau und ihre sechs Kinder nicht vernünftig untergebracht wurden, sagte er.

Die Roma-Frau war dem Anwalt zufolge von Belgien aus illegal mit ihren sechs Kindern im Alter zwischen zwei und 16 Jahren nach Deutschland eingereist. Am 31. August wurde die Bosnierin in Duderstadt ohne Papiere aufgegriffen. Nach einem Beschluss des dortigen Amtsgerichtes nahm der Landkreis Göttingen die Frau in Abschiebehaft. „Das Landgericht hat diesen Beschluss inzwischen aufgehoben. Danach war dem Kreis der Aufenthaltsort der Familie nicht mehr bekannt", so die zuständige Kreisrätin.

Seit dem 1. Oktober lebte die Frau den Angaben zufolge mit ihren sechs Kindern ohne festen Wohnsitz in Göttingen. „Auch bei der Stadt hat sich die Frau nicht gemeldet", sagte Stadtsprecher Detlef Johannson. Einem ersten Hinweis am 21. Oktober sei man sofort nachgegangen. Am 23. Oktober sei eine Notunterkunft gestellt worden.

Danach folgte laut Rechtsanwalt ein juristisches Tauziehen zwischen Landkreis und Stadt Göttingen. Keiner habe sich ausländerrechtlich für die Familie zuständig gefühlt, kritisierte Waldmann-Stocker. Einer der Söhne sei jetzt im Göttinger Klinikum operiert worden. Danach habe die Stadt ihn und seine Familie zur zentralen Aufnahmebehörde nach Braunschweig gebracht, sagte Johannson.

Dort wird nun entschieden, wie es mit der Familie weiter gehen soll.

Quelle: epd - romale@zahav.net.il ■

Jupp Angenfort: Sprung in die Freiheit - Geschichten des Josef A.

Buch über den Antifaschisten und ehemaligen Sprecher der VVN-BdA

Jupp Angenfort (9.1.1924-13.3.2010) war langjähriger Landessprecher der VVN-BdA NRW (1988 bis 2008), später Ehrenvorsitzender. Ende November erscheinen die Geschichten des Josef A. bei PapyRossa.

Josef „Jupp“ Angenfort, blutjunger Frontsoldat der deutschen Wehrmacht, erwachsen geworden an Westfront, Ostfront, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, Sohn einer katholisch geprägten Eisenbahnerfamilie, wurde mit seinen 26 Jahren 1950 Vorsitzender der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der BRD. In dieser Organisation fanden sich viele der jüngsten Soldatengeneration im Wissen, was Krieg ist, zum Protest gegen die Remilitarisierung Deutschlands. Der Protest war vergeblich, bleibt aber historisch beeindruckend.

Er war so beeindruckend, dass die FDJ schon 1951 verboten und ihr Vorsitzender Jupp Angenfort unter Bruch seiner Immunität als Abgeordneter des Landtags von NRW verhaftet wurde. Das Urteil: fünf Jahre Zuchthaus. Er hat danach

seine Überzeugungen weiter gelebt im Rahmen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Die war jedoch 1956 auch verboten worden und wegen Verstoßes gegen dieses Verbot wurde er erneut verhaftet. 1961 gelang ihm die Flucht aus dem Münchner Gefängnis Stadelheim, die das politische Deutschland und die internationale Presse aufhorchen ließ. Ein Sprung in die Freiheit! Das Thema der politischen Gefangenen unter Adenauer war bis dahin ein Tabu und ist es im Grunde bis heute.

Jupp Angenfort erzählt hier einige der Geschichten, die tief in sein Leben eingegriffen haben, nicht gedacht für die Geschichtsbücher, eher launig – und trotzdem geeignet, an den Gründungsmythen der Bundesrepublik Deutschland zu kratzen. So wird ein Mensch spürbar und was ihn bewegt hat. Dafür steht auch das Nachwort des Bremer Unternehmers und Mäzens Klaus Hübotter. Ihn und Jupp Angenfort verband fast lebenslang Respekt, Hochachtung, Freundschaft. Am 13. März 2010 ist Jupp Angenfort gestorben. Die Aufzeichnungen zu diesem Buch sind aus dem Jahr 1994. Ulrich Sander beschreibt in einem weiteren Nachwort Jupp Angenforts Wirken für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in den letzten Lebensjahren..

Jupp Angenfort: Sprung in die Freiheit - Die Geschichten des Josef A. Aufgeschrieben und herausgegeben von Hannes Stütz. Softcover, ca. 240 Seiten, 19,- Euro. Erscheint voraussichtlich in der 47. KW, 25. November 2010.
Bitte bestellen bei VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, nrw@vvn-bda.de, Tel. 0202 45 06 29. Vorkasse erbeten unter Konto Nr. 282 124 35 bei Postbank Essen.

DISS-Journal Nr. 20 - November 2010 erschienen: Diskursanalyse, Thilo Sarrazin

Den Schwerpunkt dieser Ausgabe bilden kritische Stellungnahmen und Analysen rund um die sogenannte Integrationsdebatte. Was wir derzeit im Geiste Thilo Sarrazins zu hören bekommen, ist zwar alles ist nicht neu. Gleichwohl beobachten wir eine neue Vehemenz der offen oder verdeckt rassistischen Ausgrenzungsversuche, mit denen sich Deutschland schon seit Jahren hervorgetan hat.

Jobst Paul geht dem nur scheinbar vermittelnden Argument nach, man solle den ökonomischen Nutzen von qualifizierten Einwanderinnen nicht unterschätzen. Er zeigt, dass eine solche interkulturelle Orientierung im Kontext einer ökonomischen Staatsräson steht, bei der die Frage der Produktivität von Menschen zum Maßstab von kultureller Zugehörigkeit gemacht wird. (S. 2)

Wir dokumentieren außerdem die Stellungnahme „Demokratie statt Integration“ des Netzwerks Kritische Migrations– und Grenzregimeforschung. (S. 5)

Dazu hat Siegfried Jäger ein ausführliches Gespräch mit Manuela Bodjadzijev und Serhat Karakayali geführt. Beide haben die Stellungnahme mitverfasst, welche die derzeitige Rede von der Integration kritisch hinterfragt. (S. 6) ■

Hier finden Sie das komplette DISS-Journal 20 als PDF-Datei (1 MB): http://www.diss-duisburg.de/DISS-Journale/diss-journal_20.pdf

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

EU-Bürgerantrag gegen Türkei-Beitritt

Junge Freiheit Nr. 44/10 und 45/10 vom 29. Oktober und 5. November 2010

Das Blatt berichtet über ein Treffen europäischer Rechtsparteien im Oktober 2010 in Wien: „Eingeladen hatten der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache sowie der eU-Abgeordnete Andreas Mölzer (FPÖ) – und Politiker aus fünf EU-Ländern kamen, um über die ‚Zukunft der EU' zu diskutieren." Dabei waren Vertreter der Dänischen Volkspartei, der italienischen Lega Nord, der Slowakischen Nationalpartei, des belgischen Vlaams Belang sowie der Schwedendemokraten. Die FPÖ hatte die Parteien eingeladen, „die sich längst als regierungsfähig erwiesen haben, schon mitregiert haben oder zumindest Regierungen parlamentarische stützen". Die Parteien vereinbarten einen ständigen Konsultationsmechanismus und bereiten ein europaweites Bürgerbegehren „gegen einen EU-Beitritt der Türkei" vor.

In der nächsten Ausgabe berichtet das Blatt unter der Überschrift „FPÖ leistet Aufbauhilfe für Pro NRW" über eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Pro NRW und der FPÖ: „Darüber hinaus sieht sich die Pro-Bewegung als Ansprechpartner für ein europaweites Bürgerbegehren gegen einen EU-Beitritt der Türkei." Vereinbart wurde, das nach einem ‚Rotationsprinzip' „Vertreter der FPÖ in Köln und Mitarbeiter der Pro-Bewegung in Wien tätig" werden sollen. Der Pro-NRW-Vorsitzende Beisicht kündigte an: „Wir wollen unsere Bewegung jetzt auch auf Bundesebene verankern." Allerdings die Europawahl 2014 interessanter als die Bundestagswahl.

Sieht man diese Vereinbarungen im Zusammenhang mit den in der Rechten seit längerer Zeit diskutierten Vorhaben, selbst „Bürgerbewegungen" aufzubauen und für die Parteibildung zu nutzen, so muss man davon ausgehen, dass sich unter Führung der FPÖ ein rechtes Parteienbündnis daran macht, im Vorfeld der Europawahl eine migrantenfeindliche Kampagne aufzulegen und dies für die Europawahl zu nutzen. Pro Köln hat darin ausreichende Erfahrungen: Immer wieder tritt die Partei mit Unterschriftensammlungen auf, um so Namen und Adressen zu erhalten, die sie dann für die Wahlwerbung nutzt.

Rechte Kampagnenplanung

Junge Freiheit Nr. 45/10 und 46/10 vom 5. November und 12. November 2010

„So sehen Sieger aus – Politischer Protest: Wollen Konservative aus der Defensive kommen, müssen sie von der Linken lernen" titelt das Blatt und schreibt:

„Unter den Bedingungen der Mediendemokratie und neuer digitaler Kommunikationsformen ist die Fähigkeit, moderne und zielgenaue Kampagnen zu führen, eine unerlässliche Vorbedingung für politische Durchsetzungsfähigkeit … Natürlich ist es einfacher, gegen ‚Stuttgart 21' zu mobilisieren, als die Leute zum Aufbegehren gegen Islamisierung, Abtreibung, Steuerraub oder Identitätsverlust zu bewegen … Das kann aber kein Vorwand für Resignation und Untätigkeit sein. Denn das nicht-linke Wut- und Mobilisierungspotential ist beträchtlich. In Internetforen, Blogs und Leserbriefspalten ist es beinahe täglich mit Händen zu greifen. Aber es ist ein vielhunderttausendfaches Allein-vor-sich-hin-Schimpfen in der virtuellen Vereinzelung. Alle kaufen Sarrazins Buch und klicken in Internet-Umfragen auf Zustimmung, aber keiner geht auf die Barrikaden gegen die Zustände, die darin angeprangert werden."

Diese Positionierung beschreibt ein großes Problem der Rechten: „Auf die Barrikaden" gehen allenfalls die offen neonazistischen Organisationen und ihr Anhang – das rechtskonservative Publikum ist für die Barrikade nicht zu gewinnen und mit den Themen Islamisierung oder Identitätsverlust ist zwar ein Geschäft zu machen, aber noch keine Massenbewegung zu organisieren. Zu viele Menschen kennen ihre Nachbarn und Arbeitskolleginnen, wissen, dass sie mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede haben.

Das Blatt berichtet außerdem, dass die Hamburger Initiative „Wir wollen lernen" erwägt, zur Bürgerschaft zu kandidieren. Die Initiative hatte mit dem Volksbegehren gegen das gemeinsame Lernen die Schulreform in Hamburg zu Fall gebracht.

Darauf folgt in der nächsten Ausgabe eine Replik eines ehemaligen Hamburger Schill-Partei-Mitglieds, der davon abrät, sich jetzt mit neuen Parteigründungen zu befassen und zur örtlichen Zirkelbildung zur Vorbereitung eines späteren Zusammenschlusses rät. *uld* ■

Matthias Faust NPD-Spitzenkandidat in Bremen

„Die bis Jahresende abgeschlossene Parteifusion ist auch ein großes Aufbruchssignal für die bislang zersplitterte nationale Opposition in Bremen und Bremerhaven", verkündet Jens Pühse auf der Website der NPD. Der neue Vize-Parteivorsitzende Matthias Faust werde die Bremer Landesliste für die Bürgerschaftswahl im Mai 2011 anführen. Er, Jens Pühse, Mitglied des NPD-Parteivorstandes und Bundesorganisationsleiter, werde die Wahlkampfleitung übernehmen. Die „logistischen, personellen und politischen Vorbereitungen" seien bereits angelaufen, unter der Namensbezeichnung „NPD - Die Volksunion" habe man die Wahlbeteiligungsanzeige beim Landeswahlleiter eingereicht. Pühse kündigt einen Wahlkampf an, „wie ihn die nationale Opposition in Bremen und Bremerhaven noch nie geführt habe." *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten

Bisher sind bereits 1645,- Euro eingetroffen.

Wir danken allen Spenderinnen und Spendern herzlich.

Spendenkonto:
GNN-Verlag
Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Kto. 10419507